

Sozialdemokraten für die Kriegsoffer

Die Reichstags-Sitzung vom Montag wird um 3 Uhr eröffnet. — Das Haus setzt die zweite Beratung des Reichsetats fort bei dem Haushalt für

Verförmung und Ruhegehalte

Der Ausschuss legt eine Entschöpfung vor, wonach die Bestimmungen über die Ruhegehaltsbezüge nachgeprüft werden sollen. Insbesondere soll bei den Empfängern hoher Pensionen die Einführung einer Höchstpension angestrebt werden. Die sozialdemokratische Fraktion hat dazu eine Entschöpfung vorgelegt, wonach die Reichsregierung ersucht werden soll, in Erfüllung des Beschlusses des Reichstags vom 1. Juli 1926 noch vor der dritten Lesung des Haushaltsplans für 1927 den Entwurf einer Novelle zum Reichsverförmungsgesetz vorzulegen und die für die Verförmung der Kriegsoffer erforderlichen Mittel um mindestens 150 Millionen Mark zu verstärken.

Abg. Hofmann (Soz.):

stellt fest, daß entgegen den gehegten Erwartungen die Zahl der Verförmungsberechtigten nicht gesunken, sondern im Gegenteil noch gestiegen sei. Wir werden auch in den nächsten Jahren nicht mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen haben, denn mit zunehmendem Alter nimmt auch erfahrungsgemäß die Zahl der Verförmungsberechtigten zu. Die gesamten Aufwendungen für das alte Heer belaufen sich nach diesem Haushalt auf über 1 Milliarde.

Gegenüber den Forderungen der Kriegsbeförmigten im vorigen Jahre ist gesagt worden, der Etat sei abgeschlossen, er könne durch die Einführung neuer Summen auch im unerheblichen Umfang nicht verändert werden. Die Kriegsbeförmigten haben sich damit zunächst abgefunden und ihre Wünsche zurückgestellt, um den Etat nicht aus dem Gleichgewicht zu bringen. Welche Gefühle müssen die Kriegsbeförmigten befehlen, wenn sie jetzt Kenntnis davon nehmen, daß die Erfüllung ihrer vorjährigen Wünsche den Etat gar nicht aus dem Gleichgewicht gebracht hätte. Am 1. Juli v. J. hat der Reichstag eine Entschöpfung gefaßt, in der die Reichsregierung ersucht wird, bei der Aufstellung des neuen Etats und auch bei der Aufstellung von Nachtragssetats oder vor der Verabschöpfung entsprechender Gesetzentwürfe in jeder Weise dahin zu wirken, daß die notwendigen Mittel für eine

bessere Verförmung der Kriegsoffer

hergestellt werden. Ueber diesen Beschöpfung des Reichstags hat sich die Regierung einfach hinweggesetzt. Man darf sich nicht darüber wundern, daß angesichts dieser Tatsache die Stellung der Regierung gegenüber den bescheidenen Wünschen der Kriegsoffer wie eine Provokation wirken muß.

Zwar hat die Regierung in ihrer Programmklärung gesagt, daß die Kriegsbeförmigten und Hinterbliebenen nach Möglichkeit berücksichtigt werden und die Bezüge der Verförmungsberechtigten sich automatisch der Gehaltssteigerung der Beamten und Offiziere anpassen sollen. Diese Zusicherung genügt der Sozialdemokratie in keiner Weise. Wir haben immer wieder daran erinnert, daß rund 700 000 Kriegsbeförmigte im Jahre 1923 500 000 Papiermark erhalten haben, die vielfach nicht einmal ausgezahlt wurden, weil sie infolge der Inflation unerschöpflich geworden sind. Es befinden sich darunter zahlreiche Kriegsbeförmigte mit erheblichen Verletzungen, die

keinerlei Entschödigungen mehr erhalten.

Der Redner verweist dann auf eine Reihe von Lichtbildern solcher Schwerbeschödigten, die er auf den Tisch des Hauses niedergelegt hat. Daneben kommen noch 409 000 sogenannte Leichtbeschödigte in Betracht, die mit einer Anzahl von 409 000 57 Prozent der Gesamtzahl ausmachen und die gleichfalls in geradezu unverantwortlicher Weise vernachlässigt werden.

Wie es diesen Leuten geht, das zeigt neben zahllosen ähnlichen Fällen der Fall eines Kriegsbeförmigten, der einen Wandergewerbebesitzer haben wollte und der nicht einmal die Kosten von 10 Mark dafür aufbringen konnte. (Hört! hört! bei den Soz.) Wir verlangen, daß solche Zustände ein für allemal an Ende nehmen. Es darf keine öffentliche Behörde mehr geben, die einen

Kriegsbeförmigten mit der Drehsorgel

im Land umherziehen läßt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Dieser häßliche Fleck der Verförmung muß unter allen Umständen beseitigt werden.

Auch die Elternverförmung bedarf dringend einer Reform. Wir ist kürzlich der Brief einer Kriegermutter zugegangen, der in seiner Einfachheit geradezu erschütternd wirkt. Die Frau hatte sieben Kinder, ein Mädchen und sechs Söhne, die sämtlich im Kriege waren. Fünf Söhne sind nicht mehr heimgekehrt, der sechste ist Kriegsbeförmigt. Der Vater ist infolge sechsfacher und körperlicher Zerrüttung im Jahre 1921 gestorben. Für drei der gefallenen Söhne bekam die Mutter 52 Mark Rente. Vor einem Jahre hat sie von dem Verförmungsamt ein Schreiben erhalten, daß die gesetzlichen Vorschriften zur Gewährung dieser Rente nicht mehr gegeben seien. Die Bedürftigkeit im Sinne des Gesetzes liege nicht mehr vor. (Hört, hört! bei den Soz.) Welche Gefühle müssen im Herzen solcher Menschen erwachen, wenn sie aus der dem Reichstag zugegangenen Denkschrift über die Pensionen erfahren müssen, daß

Reichszanzler und Generale bis zu 28 000 Mark

Pension gezahlt wird. (Hört, hört!) Die Denkschrift über die Pensionen und Parteigelber für Reichszanzler und Generale hat eine sehr lange politische Vorgeschichte. Was ergibt sich aus der Denkschrift? Ueber die Gutterskrippe schreiben gerade diejenigen, die von jeher an der Gutterskrippe gewesen haben. Unter den 104 Ministern und Staatssekretären befinden sich nicht mehr als ganze drei Sozialdemokraten, die zusammen 35 000 Mark Pension beziehen. Dagegen sind unter ihnen aber 59 Minister aus der nachrevolutionären Zeit, von denen nicht einer ist, daß sie auch Republikaner sind. Es ließe sich ohne Mühe feststellen, daß sich unter ihnen mindestens 40 befinden, die auf dem Boden der Monarchie stehen. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.)

Über der wichtigste Teil der Denkschrift ist der, der sich auf die verabschödigten Generale bezieht. Wir finden hier

ein Heer monarchistischer Großkapitäne,

darunter 1125 Generale, 120 Admirale, 74 Obersten im Rang eines Brigadeführers. Sie beziehen Pensionen zwischen 11 000 und 16 000 Mark im Jahre. (Hört, hört!) Nimmt man hierzu die Offiziere der unteren Chargen, die in dieser Denkschrift nicht aufgeführt sind, so ergibt es sich, daß ein Offizier der alten Armee im Durchschnitt von der Republik 3470 Mark Pension bezieht.

Es ist keine Rede davon, daß die Sozialdemokratie eine Fehde gegen Offiziere und Beamte treibt; wir protestieren aber gegen jede Verförmung. Keine Monarchie der Welt hat nach einem Zusammenbruch, wie Deutschland ihn erlebt hat, ihre Offiziere so

entgegenkommend und anständig behandelt, wie es die deutsche Republik tut. Nach dem Zusammenbruch des Jahres 1806 sind alle Offiziere und Beamten von Freiherren vom Stein und Friedrich Wilhelm 3. entlassen worden, die über den Etat standen. Pension hat nur derjenige erhalten, der nachweisen konnte, daß er sie zur Erhaltung seiner Existenz

brauchte. Wie war es dagegen bei uns? Nach dem Zusammenbruch hatte Anspruch auf Pension nur derjenige, der eine Dienstbeschöpfung erlitten hatte. In ihrer Großmütigkeit hat aber die Nationalversammlung die Kriegsteilnehmer gleichgestellt mit den Kriegsbeförmigten und den Offizieren der alten Armee das Recht auf Pension gewährt.

Das ist zu einer Zeit geschehen, wo Millionen nicht wußten, wo sie ein Stück Brot hernehmen sollten, um ihren Hunger zu stillen. Dafür ist auch Erzberger, der sich für diese Regelung eingesetzt hatte, von früheren Offizieren ermordet worden. Dafür bezieht auch ein General von der Republik 17 000 Mark Pension, der sich mit den Händen in den Taschen vor einem Ausschuss des Reichstags hinstellt.

17 000 Mark bezieht Hochverräter Lüttwich,

und dieser hat sich noch dazu durch ein Urteil 28 000 Mark nachzahlen lassen. (Hört, hört!) Aus zuverlässiger Quelle habe ich jetzt gehört, daß auch die Herren Bischoff, Bauer und Ehrhardt Forderungen auf Nachzahlungen stellen wollen und bei der gegenwärtigen Zusammenfassung der Regierung ist zu befürchten, daß sie damit vom Glück begünstigt sind. (Hört, hört!)

Wir erwarten, daß der angekündigte Gesetzentwurf über die Regelung der Ministerpensionen dem Reichstag bald zugeht. Darüber hinaus muß die Frage der Pensionskürzung allgemein aufgerollt werden, und wenn die Regierung nicht von selbst dazu kommt, wird meine Fraktion die Initiative ergreifen und einen solchen Gesetzentwurf vorlegen. Wir begrüßen es, daß auch das Zentrum unsern Standpunkt teilt, daß eine Höchstgrenze für den Pensionsbezug gefunden werden muß und daß Kürzungen dort eintreten müssen, wo neben der Pension noch erhebliche Einkünfte vorhanden sind.

Wir verlangen weiter gesetzliche Bestimmungen, daß jedem, der an geheimen Umsturzbewegungen gegen die Republik teilnimmt,

die Pension gestrichen wird.

Wenn man sieht, wie die hohen Pensionempfänger bevorzugt werden, so ist es geradezu eine Schamlosigkeit, wenn ein Laiz des Reichsbürgerblocks, die „Tägliche Rundschau“, die Erwerbslosen beschränkt, in dem sie die Unterstützung der Erwerbslosen als eine Prämie auf die Faulheit bezeichnet. (Stürmisches Hört, hört! bei den Soz.)

In der Agitation der Rechten ist gesagt worden, die Republik habe die Treue, Ehrlichkeit und Lauterkeit im öffentlichen Leben beseitigt. Wir werden der Regierung Gelegenheit geben, die Treue, Ehrlichkeit und Lauterkeit im öffentlichen Leben wiederherzustellen, indem wir dafür sorgen, daß die Unmoralität bei dem Bezug von Pensionen bis zu Beträgen von 28 000 Mark beseitigt wird. Wir werden dann sehen, ob Sie (nach rechts) den Mut haben, diese Ehrlichkeit und Sauberkeit durch entsprechende Gestaltung des Pensionsgesetzes wiederherzustellen. (Leb! Beifall bei den Soz.)

Abg. Leberrenz (Dm.) behauptet, daß sich Deutschland im Vergleich zu andern Ländern, vor allem mit Frankreich, in der Verförmung der Kriegsbeförmigten nicht zu schämen brauchte. Den von der Sozialdemokratie angekündigten Versuchen zur Kürzung der hohen Pensionen würden sich die Deutschnationalen mit aller Energie widersetzen. Ob ein Pensionempfänger der Republik freundlich oder unfreundlich gegenübersteht, sei gleichgültig, denn die Republik sei nur eine Staatsform, nicht der Staat selbst. Unter den Pensionären befänden sich nur

ein halbes Duzend Prinzen.

(Rufe links: Noch viel zu viel!) Notwendig sei die Wiederherstellung der Tropenzulagen.

Abg. Brüninghaus (D. Vp.) lehnt ebenfalls jede Art von Pensionskürzung ab. Wenn es auch aufreißend wirken könne, daß in der Zeit der allgemeinen Not des Vaterlandes einige Offiziere sehr hohe Pensionen beziehen, so würde doch ein Pensionskürzungsgesetz keine wesentlichen Wirkungen haben.

Abg. Gerig (Ztr.) tritt für Aufbesserungen in der Verförmung der Kriegsbeförmigten ein. Bei der dritten Lesung könnten noch entsprechende Beschöpfung gefaßt werden. Solange noch große Gärten für die allerbedürftigsten Kriegsbeförmigten bestehen, könne man nicht Tropenzulagen und dergleichen gewähren. Wenn ein vollkommen erwerbsfähiger Kriegsbeförmigter eine Monatsrente von nur 55 Mark bezieht, dann können es solche Leute nicht verstehen, daß gesunde Offiziere mit gut bezahlten Stellen in der Industrie daneben noch sehr hohe Pensionen erhalten. Es muß also eine Höchstpension festgesetzt und die Erfüllung der Nebenbezüge

bei den Empfängern hoher Pensionen angestrebt werden.

Abg. Reddermeyer (Komm.) begründet einen Antrag, die Pensionen für 104 Reichsminister und Staatssekretäre sowie 1753 Generale zu streichen.

Abg. Biegler (Dem.) fordert ein besonderes Gesetz, durch das dem unerträglich gewordenen Rechtszustand eine Ende gemacht werden soll, wonach General v. Lüttwich durch ein Gerichtsurteil ein Gehaltsanspruch für die Zeit zugesprochen wurde, in der er sich durch die Flucht der Strafverfolgung wegen Hochverrats gegen das Reich entzogen hatte. Den von Abg. Hofmann vorgebrachten Beschwerden über die unzulängliche Verförmung der Kriegsbeförmigten schließt sich der Redner an.

Abg. Lude (Wirtsch. Vgg.): Den Privatleuten, die sich durch ein Leben voll harter Arbeit eine gewisse Altersrente erspart hatten, sei diese durch die Inflation vernichtet worden. Darum sei es verständlich, wenn eine gewisse Kürzung der besonders hohen Pensionen verlangt wird.

Ministerialrat Kerstgensteiner: Der App-Putsch war am 13. März 1920. Der General v. Lüttwich wurde verabschödiget durch folgende vom 17. März 1920 datierte und dem stellvertretenden Reichszanzler Dr. Schäffer unterzeichnete Verfügung: „General v. Lüttwich wird von seiner Stelle entlassen und scheidet unter Vorbehalt der Regelung seiner Pensionsansprüche aus dem Heere aus.“ (Hört, hört! rechts.) Die zweite Verfügung erging am 20. März 1920, und zwar unterzeichnet von dem damaligen Reichspräsidenten Ebert und dem Reichszanzler Müller. In dieser zweiten Verfügung wird die Entschöpfung des Ministers Schäffer bestätigt mit dem Zusatz: „General v. Lüttwich scheidet unter Vorbehalt der Regelung der Pensionsansprüche aus dem Heere aus.“ Diese Formel wird immer angewandt, wenn ein Offizier plötzlich ausscheiden muß. (Hört, hört! rechts und bei den Komm.)

Abg. Tiedt (Anter Komm.): Dasselbe Recht, das den Kapitulanten gewährt wurde, müsse auch den Archivisten zuteil werden, die wegen Hochverrats verurteilt worden sind.

Das Haus vertagt darauf die weitere Beratung auf Dienstag. Es folgen einige persönliche Bemerkungen.

Abg. Müller (Franken, Soz.):

Der Herr Ministerialrat Kerstgensteiner hat in seinen Ausführungen Bezug genommen auf eine Verordnung über die Verabschöpfung des Generals Lüttwich, die von dem Reichspräsidenten Ebert unterzeichnet und von mir gegenzeichnet worden ist. Persönlich habe ich dazu zu bemerken, daß dem folgenden vorausgegangen ist:

Der damalige stellvertretende Reichszanzler Schiffer hat am 17. März 1920 mit Lüttwich Verhandlungen geführt und ein Abkommen getroffen, Lüttwich hat sich bereit erklärt, zurückzutreten, damit der innere Friede wiederhergestellt werde. Daraufhin ist Lüttwich der Abschied bewilligt worden.

Diese Abmachungen sind uns dann am 21. März vom Reichswehrministerium vorgelegt worden. Der Reichspräsident hat diese Sache erst zurückgegeben, da eine solche Verabschöpfung nicht erfolgen könne. Am 26. März sind mir dann die Abmachungen amtlich vorgelegt worden, mir blieb nichts anderes übrig, als die bereits vorher ergangene Abschiedsverfügung gegenanzuschreiben.

Damals hatte aber die Reichsregierung nicht die Rechtsauffassung vertreten, die heute vertreten wird. Denn als einige Jahre später ein Abgeordneter der damaligen Unabhängigen Partei anfragte, wie es mit den Pensionsansprüchen von Lüttwich stehe, ist ihm von einem Regierungsvertreter gesagt worden, daß kein Unfug mit den Akten Lüttwich getrieben werde, befänden sie sich hinter Schloß und Riegel. Das ist wohl nicht zu dem Zwecke geschehen, damit Lüttwich seine Pension beziehen solle.

Abg. Such (Soz.) stellt fest, daß der Abg. Reddermeyer eine falsche Behauptung über einen Vorgang im Hauptauschuss vorgebracht hat.

Um 7¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Dienstag nachmittags 3 Uhr mit der Tagesordnung: Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushalts. — Auf Antrag des Abg. Peil (Soz.) werden eine Reihe von Anträgen, die sich mit der Inspektionsfrage befassen, auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung gestellt. Sie sollen ohne weitere Ansprache zur weiteren Beratung dem Rechtsauschuss überwiesen werden. —

Agrardebatten im Landtag

Der Preussische Landtag führte am Montag zunächst die Debatte über den Domänenetat zu Ende und begann hierauf mit der Ansprache über den Landwirtschaftsetat. Den Reden der Redner eröffnete

Abg. Peters (Hochdorn, Soz.),

der einleitend feststellte, daß die europäische Wirtschaftskrise sich selbstverständlich auch auf die deutsche Landwirtschaft ausgewirkt habe. Aber alle Klagen der Landwirtschaft könnten doch nicht darüber hinwegtäuschen, daß während des Krieges und auch nach dem Zusammenbruch, in der Inflation und nach der Stabilisierung die Landwirtschaft immer wesentlich günstiger stand als andre Bevölkerungsschichten. Die letzten Ursachen der deutschen Agrarkrise lägen zurzeit in ihrer

zu geringen Produktivität.

Abg. Peters entwarf darauf ein großzügiges Programm zur Produktionssteigerung der deutschen Landwirtschaft. Vor allem bemängelte er, daß in den maßgebenden Ministerien des Reiches und von Preußen viel zu wenig Fachleute säßen, die in der Lage wären, als wirklich durchgebildete, praktische Landwirte den landwirtschaftlichen Kreisen mit sachkundigem Rats zur Seite zu stehen. Er wies dabei auf die Errichtung von Muster- und Beipielwirtschaften in Bayern hin. Vor allem sei von den Freihandelsländern Holland und Dänemark, was intensive Bewirtschaftung anlangt, noch außerordentlich viel zu lernen. Dort dominiere allerdings nicht der Großgrund, sondern der außerordentlich

leistungsfähigere bäuerliche Kleinbesitz.

Sehr im argen liegt nach den Ausführungen des sozialdemokratischen Redners auch die Schaffung des landwirtschaftlichen Nachwuchses, wie sie u. a. im Agrarprogramm der Sozialdemokratischen Partei gefordert wird. Landwirtschaftliche Vorbildung der Landwirter sei erforderlich; ebenso müßten die Fortbildungsschulen auf dem Lande endlich obligatorisch werden. Eine Vereinheitlichung des landwirtschaftlichen Mittelschulwesens sei durchaus wünschenswert.

Abg. Peters rechnete dann gründlich mit den Agrarparteiern ab, für die es nur ein produktionssteigerndes Mittel gibt: den Hochschußzoll. Er wies darauf hin, wie preissteigernd die Zölle auf dem Lebensmittelmarkt zum Schaden der Arbeiterklasse gewirkt hätten und durchaus nicht zum Vorteil des kleinen und mittleren landwirtschaftlichen Besitzes gewesen seien. Die sozialdemokratische Fraktion werde sich auch gegen jede Erhöhung der Einfuhr von Geflügelfleisch wenden, das die minderbemittelte Bevölkerung zu ihrer Ernährung unbedingt notwendig habe. Er forderte schließlich eine

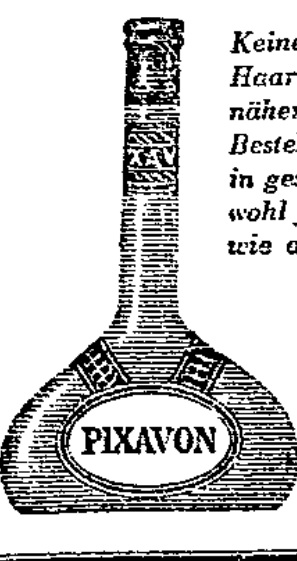
vernunftgemäße Siedlungspolitik,

die Kultivierung der Moor- und Seeländereien und die Bekämpfung der preissteigernden Politik der Kalijunkel auf dem Düngermarkt. Damit wäre der deutschen Landwirtschaft und schließlich auch dem deutschen Volke mehr gedient als durch die unsinnige Schutzollpolitik der reaktionären Parteien.

Nach einer Rede des Abg. v. Plehwe (Dt-natl.), der ein Klagebuch über die große Not der Landwirtschaft anstimmte und natürlich für die Schutzpolitik eintrat, vertagte sich das Haus auf Dienstag den 22. Februar. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Ansprache über den Domänenetat, ferner Abstimmung über die Gewerbesteuer für 1927 und Entscheidung über den Einspruch des kommunalistischen Abgeordneten Kellermann wegen seiner Ausschließung auf 8 Sitzungstage. —

Schön sein allein ist nicht genug.

Das Faszinierende im Aussehen einer Dame von Welt liegt immer in der glücklichen Kombination von Schönheit und Eleganz, die nur erreicht werden kann, wenn der Stil der Frisur die Gesamt-Erscheinung harmonisch ergänzt. Um locker und anmutig zu fallen und um das Haar leicht frisierbar zu machen, braucht das Haar unbedingt — Pixavon. Nur mit Hilfe von Pixavon erreicht man jene reizvolle undefinierbare Lebendigkeit der Frisur, die der schönen und eleganten Frau eigen ist.



Keine der gewöhnlichen flüssigen Haarwäscher hat auch nur annähernd die Wirkungen von Pixavon. Bestehen Sie fest auf „Pixavon“ (nur in geschlossenen Originalflaschen), sowohl für die häusliche Haarwäsche, wie auch für die im Friseursalon.

Abbildungen neuer Bubenkopfschnitte, Mode Frühjahr 1927, auf Wunsch gratis.

LINGNER-WERKE Dresden

Mittwoch / Donnerstag / Freitag

Die Tage der besonders kleinen Preise!

Gegen die Winterkälte

für Füllöfen
Nußkoks
(20/40 mm)
1.65 Mark
pro Zentner



für Kanonenöfen
Perlkoks
(10/20 mm)
1.25 Mark
pro Zentner

bei Abgabe am
Gaswerk Rogätzer Straße 28
Fernruf Rathaus 240

- Sportflanel** für Blusen 2 Meter **42 Pi.**
- Hemdentuch** vollgebleicht 2 Meter **32 Pi.**
- Büstenhalter** aus Wäschestoff **35 Pi.**
- Strumpfhalter-Gürtel** mit Hälter **58 Pi.**
- Blasensocken** weiß Batist **45 Pi.**
- Kleiderweste** weiß, mit Spitze **1.35**
- Elamine kariert**, 150 cm breit 2 Meter **50 Pi.**
- Elamine-Stores** mit Einsatz **85 Pi.**
- Korbisch-Daube** moderne Druckmuster **78 Pi.**
- Kissen-Beräge** mit Langsette **1.35**
- Kissen-Beräge** mit Hohlbaum **1.95**
- Jumper-Schürze** gestreift **95 Pi.**
- Damen-Strümpfe** schwarz und farbig Paar **28 Pi.**
- Damen-Strümpfe** Kunstseide m. Naht, schwarz und farbig Paar **95 Pi.**
- Handseide** Kunstseide-Trikot **1.75**
- Unterseide** Kunstseide-Trikot **1.95**
- Handseide** Wäschestoff mit Klöppelspitze **1.75**
- Handseiden** für Damen, mit Hohlbaum **1.95**
- Handtuch** für Bettlaken, 140 cm breit 2 Mtr. **1.25**
- Handtuch** für Bettlaken, 140 cm breit 2 Mtr. **1.50**
- Handtuch** flabl. Jacquard, ges.n.geb. **75 Pi.**
- Damen-Strümpfe** Wäschestoff, fehlerfreie Ware .. Paar **1.95**
- Herren-Handschuhe** geraut Trikot Paar **75 Pi.**
- 6 Damen-Taschentücher** weiß, m. Kante **95 Pi.**
- Herren-Socken** gute Baumwolle Paar **28 Pi.**

- Pulloverstoff** Meter **65 Pi.**
- Frottier-Handtuch** mit bunter Kante **58 Pi.**
- Damen-Schürze** gestreift **68 Pi.**
- Gerstenkorn-Handtuch** gesamt u. gebündelt **28 Pi.**
- Spitzen-Decke** für Tablett **25 Pi.**
- Perkal** für Oberhemden Meter **48 Pi.**

- Wachseide** (Kunstseide) moderne Druckmuster .. Meter **1.25**
- Mitteldecke** mit Klöppelspitzen **48 Pi.**
- Tischläufer** mit Klöppelspitzen **65 Pi.**
- 3 Damentaschentücher** mit Hohlbaum .. **95 Pi.**
- Nachtschlecke** mit Spitze .. **25 Pi.**
- Kostüm-Schal** Kunstseide .. **1.65**
- Selbstbinder** Kunstseide .. **48 Pi.**
- Reinseid. Binder** moderne Muster .. **95 Pi.**
- Hexenträger** i. Herren, aus Gummi **65 Pi.**
- Sportkragen** für Herren, weiß Ripps **25 Pi.**
- Damen-Handschuhe** geraut Trikot, Paar **65 Pi.**
- Feinweiß-Rock** Wäschestoff mit Stückerei **1.95**
- Servier-Schürze** versch. Ausführung **95 Pi.**
- 12 Kinder-Taschentücher** mit Bildern oder Buchstaben **95 Pi.**
- Einsatzhemd** für Herren, moderne Einsätze **1.75**
- Kinderschürze** Hängerform, Gr. 40 Jede weitere Größe 15 Pi. mehr **95 Pi.**
- Hilfsbinder** aus Dreif .. **95 Pi.**
- Dreif-Korsett** gebogt .. **1.25**
- Seitkissen** Meter .. **55 Pi.**
- Köperarschent** weiß .. Meter **68 Pi.**
- Blaudruck** für Kleider .. Meter **38 Pi.**
- Reifack** grau gestreift .. **95 Pi.**
- Bowias i. Bettlaken**, 140 cm breit 2 Meter **1.45**
- Damen-Strümpfe** schwarz od. farbige, verstärkt .. Paar **48 Pi.**
- Damen-Trägerband** mit Klöppelspitze **78 Pi.**

Lange & Münzer

MAGDEBURG BREITENWEG 51-52

Bilder als Geschenke!
Wir haben eine große Auswahl!
Buchhandlung Volksstimme

Ständesamtliche Nachrichten.

Magdeburg-Mühlstadt.

Todesfälle. 20. Februar. Berwitweide Auguste Müller geb. Lucas, Unterprähendat, 70 J. Berwitweide Elise Borchert geb. Neumann aus Neustettin, 71 J. Profurist Willi Gramann aus Westeregeln, 44 J. Kaufmann Kurt John, 25 J. Meutner Otto Frieze, 80 J. Berwitweide Handwerker Marie Kuhlmann geb. Guthahn, 77 J. Berwitweide Arbeiter Luise Ramoth geb. Heinrich, 79 J. Wächter Friedrich Wehlf, 66 J. Kaufmann Alfred Ruhn, 33 J. Ida geb. Winter, Ehefrau d. Kaufmanns Bernhard Wünger, 35 J. Galtwirt Hermann Dreyer aus Dessen, 53 J. Redigeb Hausmädchen Selma Bolter, 20 J. Reichsbahnarbeiter Wilhelm Wöde, 30 J. Haus-Jochim, S. des Kaufmanns Hans Wagner, 4 M. Selma geb. Davidsohn, Ehefrau des Kaufmanns Emil Ehrlich, 57 J. Arbeiter Hermann Wege, 42 J. Berwitweide i. R. Gntau Giffau, 76 J.

Magdeburg-Eudenberg.

Todesfälle. 19. Februar. Schneiderin Erna Rudloff, 19 J. Arbeiterwitwe Theresia Kurjawa geb. Galuba, 75 J.

Magdeburg-Kienstadt.

Todesfall. 22. Februar. Lehrer i. R. Wilhelm Schäffer, 67 J.

Magdeburg-Kienstadt.

Todesfälle. 21. Februar. Frau I. des Schmiedes Ernst Gunde, 1 J. 8 M. 27 J. Tischler-Gewaltige Louis Wilmann, 74 J. Fabrikbesitzer Albert Müller, 63 J. Ehefrau des Kaufmanns Alexander Ekerl, Theresie geb. Koldewen, 64 J. Gestorben am 7. September 1917. Gelehrter Konstantin Alois Brauner, 23 J.

Arno Holz

der Bahnbrecher der Moderne!

Das Gesamtwerk **72.00**

10 Bände. nur 120.00

Teil-Ausgaben:

- Buch der Zeit .. nur 9.00
- Nachspiele, 2 Bände, nur 16.00
- Sieben Millionen Jahre .. nur 3.50
- Kindheitsparadies .. nur 3.00
- Herrn liegt ein Land .. nur 2.50
- Wörter die sterben .. nur 2.50
- Leben und Traum .. nur 2.50
- 1000 Märchen .. nur 2.50
- Götter und Götzen .. nur 2.50
- Ja meine Dachlampe .. nur 2.50
- Ecce Poeta .. nur 2.50
- Sozialreformulaten .. nur 2.50
- Ignorabimus .. nur 2.50
- Erher Schulung .. nur 2.50

Sämtliche Bände sind in guter Ausstattung und in Seinen gebunden. Mod. Antiquariat.

Zurückgelegte Bestände!
Gerabgelegte Preise!

Buchhandlung Volksstimme.

Gartenbauverein für Magdeburg u. Umg.

E. G. m. b. H., Am Johannisstraße Nr. 18.
Sitzung am 30. Juni 1926

aktive Passiva	Rm.	Rm.
Kassenbestand	4.48	
Banquibehalten	12.-	
Grundsätzl. Beleg		
a) noch nicht aufgeschriebene Grundsätze	3 046.50	
b) Grundsätzl. Beitritt 1	3 060.-	
c) Grundsätzl. Beitritt 2	1 200.-	
Anlagevermögen		
Grundstück Neustadt	850.-	
Grundstück Neustadt	250.-	
Anstehende Verwaltungskosten	242.29	
Anstehende Pachten nfm.	1 020.38	
Bausparforderungen	6 695.43	
Bausparbestand	2 588.25	
Passiva		
Geschäftssantelle	3 086.70	
Reservefonds	7 109.98	
Bausparfonds	295.82	
Bausparschulden	6 177.98	
Spezialfonds	1 350.-	
Gewinn	172.11	
18 589.33		18 589.33

Gewinn-Zuteilung zum Reservefonds:
10 vom Hundert 37.21 Rm.
Mitglieder-Nachweis im Geschäftsjahr 1925/26:
Zahl der Mitglieder am 30. Juni 1925 .. 505
Neuantritte .. 71
zusammen 576
Ausgetreten .. 3778
Zahl der Mitglieder am 30. Juni 1926 .. 1347
Die Geschäftsausgaben der Mitglieder betragen am 30. Juni 1925 .. 557.76 Rm.
haben sich vermehrt um .. 1549.18
und betragen am 30. Juni 1926 7106.93 Rm.
Die Beiträge der Mitglieder haben sich vermindert um .. 27 780.00 Rm.
und beträgt am 30. Juni 1926 .. 13 470.00 Rm.
Der Vorstand. Schriftf. Mertens.

Rüchenszettel

für die Zeit vom 25. bis 27. Februar.
Vorausgabe werden täglich 180 Portionen.
Mittwoch: Nudelsuppe mit Fleisch.
Donnerstag: Erbsensuppe mit Fleisch.
Freitag: Biringsohl mit Fleisch.
Sonntag: Graupensuppe mit Fleisch.
Sonntag: Gulasch.
D. u. g., den 19. Februar 1927.
Vereinsgemeinschaft Burg.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Biederitz-Hayrothsberge.

Un erwartet verstarb unser Kamerad
Gustav Dreier
Ehre seinem Andenken.
Beerdigung Mittwoch den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr.
Der Abteilungsleiter.

Sozialdemokratische Partei Schönebeck und Umgegend.

Nachruf.
Am Sonntag morgen verschied unser langjähriger Parteigenosse
Robert Guderjahn
im 49. Lebensjahr.
Er war einer unserer besten und treuesten Anhänger der Sache. Wir werden seiner allzeit ehrend gedenken.
Wir bitten um Teilnahme an der Beerdigung am Mittwoch 4 1/2 Uhr in Grünwald.
Der Vorstand.

Am Sonntag morgen erlitt uns der hitze Tod nach kurzem, hartem Kampfe meinen heiliggeliebten, treuen Gatten meiner über treuhergebrachten Vater, unsern lieben Sohn, Schwiegerohn, Bruder, Schwager, Onkel und Schwiegervater, den Schmied
Robert Guderjahn
8 Tage vor seinem 49. Geburtstag.
Schönebeck-Grünwald 48.
In tiefer Trauer
Witwe Anna Guderjahn
nebst Kindern.
Die Trauerfeier findet am Mittwoch nachmittags 4 1/2 Uhr im Trauerhause statt.

Sonntag früh 6 1/2 Uhr verstarb nach kurzem, schwerem Leiden mein lieber, guter Mann, unser Sohn, Schwiegerohn, Bruder, Schwager, Onkel, Onkel und Nefte, der Kaufmann
Fritz Heine
im 28. Lebensjahre.
Stendal, Magdeburg, Weidenplan 25, 1
Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen
Erna Heine geb. Fabner.
Beerdigung findet am Freitag nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des Westfriedhofs aus statt. Beileidsbezeugungen dankend erbeten.

Herzlichen Dank

Allen denen, die uns beim Hinscheiden meines lieben Mannes und unsers guten Vaters in so überreichem Maße ihre Teilnahme bewiesen haben. Für den heimgelassenen war sie ein Zeichen der Liebe und für uns ein Trost in schwerem Herzeleid.
Frau Emma Graf
nebst Kindern.
Magdeburg-S., Anrückenstraße 31.

Dankagung.

Allen denen, die unserm lieben Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben, jagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Besonderen Dank seiner Partei, den Kameraden vom Reichsbanner, dem J. d. A., dem Sängerkorps Magdeburg, der Verwaltung des Konsumvereins für Magdeburg und Umgegend, seinen Kollegen und Herrn Dr. Köhlin für seine tröstenden Worte.
Magdeburg, den 20. Februar 1927
Ida Höft und Kinder.

Stimpf
heißt
Kürbis
Salbe
der
Hof-Bluthe
Bismarck-Str. 11, Magdeburg

Umschlager Karamell
arbeits, schmelz, Pasteten
Limonade, Wackelbrot, Torte
preisw. h. Max Engel
Friedrichstraße 17.

Frauenarbeit ist Dienst am Volke

Tagung der Wohlfahrtspflegerinnen

In Magdeburgs Mauern weilen vom Freitag bis Sonntag die Wohlfahrtspflegerinnen der Provinz Sachsen. Sie waren zur Tagung der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtspflegerinnen-Vereine für die Provinz Sachsen gekommen. Die Eröffnung fand am Freitagabend statt. Für den Verband der Sozialbeamtinnen überbrachte Gabriele Proffen den Anwesenden den Willkommensgruß. Als Anlaß zur Tagung bezeichnete sie eine Ueberprüfung des Nützlers in der Wohlfahrtsarbeit. Besonders ist das für die Arbeit auf dem Lande notwendig, dort ist die Wohlfahrtsarbeit Pionierarbeit im wahren Sinne des Wortes. Die Tagung soll ferner ein Bedürfnis an alle Frauen sein, die der Wohlfahrtsarbeit noch fern stehen. Nachdem noch eine Vertreterin der evangelischen und eine der katholischen Organisationen gesprochen hatten, hielt Reichstagsabgeordnete Dr. Marie Elisabeth Lüders (Berlin) einen Vortrag über die „Parlamentarischen Wirkungsmöglichkeiten der Frauen“.

Ein jahrzehntelanger Kampf war nötig, um die Frau aus politischer Geringfügigkeit zu lösen. Traditionen, soziale Rückständigkeit und Gesetzesvorschriften hinderten die Frau am freien Arbeiten und Teilnehmen am politischen Leben. Die Frau befand sich in der anfeindlichen Stellung eines Lehrlings, sie stand unter Kuratel, war unmündig; besonders war und ist die Stellung der verheirateten Frau unfrei.

Die Revolution brachte die politische Gleichberechtigung. Der Kampf geht heute nicht mehr um Frauenrecht, sondern um das Maß der Kräfte, die für die Gesamtheit arbeiten können. Die Frauenarbeit ist Dienst am Volk. Aber auch über die Grenzen hinaus muß die Betätigung der Frau reichen. Die politische Betätigung muß mehr als faktisch-technisch sein, sie muß über Erfolgshäuferei hinausgehen, sie hat die Verpflichtung, den Glauben vom Nutzen der Wahrheit im politischen Leben zu verkindern. Die Politik darf kein Geschäft sein, sondern muß der Idee wegen gemacht werden. Die moralischen Gesetze für den Einzelnen gelten auch für die Politik. Gerade durch die politische Tätigkeit der Frauen ist eine moralische Wirkung auf die Politik ausgeübt. In den Nachkriegsjahren hat der Gedanke, daß Politik den Charakter verdirbt, sehr an Boden verloren. Die Frauen sind achtungsvoller vor dem Gegner. Im politischen Tageskampf sind die Formen anständiger geworden durch die Beteiligung der Frauen.

Aufgabe der in einem Parlament tätigen Frau ist es, in erster Linie für die sittliche und kulturelle Förderung der Menschen einzutreten. Einbezogen ist hier der Schutz der Schwachen, Armen und Bedrängten. Unter Mithilfe der Frauen sind im Reichstag das Jugendwohlfahrtsgesetz, das Richtergesetz, das Betriebsrätegesetz, das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten u. a. mit größerer Rücksichtnahme auf die Eigenarten des weiblichen Geschlechts zustande gekommen.

Der Auffassung, daß die Politik die Frau nichts angehe, ist mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Wenn es auch stimmt, daß das Gebiet der Frau hauptsächlich die Hausarbeit ist, so macht sich doch auch in der Hauswirtschaft das Wirken der Politik bemerkbar. Die Handels- und Zollpolitik wirkt sich doch in letzter Instanz auf das tägliche Brot aus. Verührt werden die Frauen von der Handhabung der Schulfragen. Und geht es die Frauen nichts an, ob Krieg oder Frieden herrscht, wie weit der Gedanke der Welterveränderung sich durchgesetzt hat? Politik ist nicht nur Sache des Mannes, oder gar irgendeines Menschen.

Politik ist jedermanns Angelegenheit

ohne Rücksicht auf Geschlecht, Stand oder Herkunft. Nur Hochmut oder auch Bequemlichkeit können sich von der politischen Verantwortung drücken. Beiseiteziehen in Fragen der Politik bedeutet staatsbürgerlicher Selbstmord. Der Indifferenten verneint sich selbst als Bürger.

Für die knappen aber desto beweiskräftigeren Ausführungen wurde der Vortragenden harter Beifall erteilt.

Am Sonnabend morgen wurde das Thema

„Gefährdetenfürsorge und Bewahrungsgesetz“

behandelt. Als erste Rednerin sprach Dr. Vera Paulsen (Hamburg). Die Gefährdetenfürsorge bezieht sich auf Kinder, Jugendliche und auch auf Erwachsene. Die Aufgabe der Wohlfahrtspflegerinnen ist es, sich der sittlich und sexuell verwahtenen weiblichen Jugend anzunehmen. Notwendig ist hierfür die Kenntnis der seelischen Struktur der Verwahtenen. Verhältnismäßig jung ist Fürsorge für die Schulfrauen. Aber die zweijährige Tätigkeit hat ein erschreckendes Bild von der Demoralisierung dieser Mädchen gebracht. Die Fälle, in denen Schulmädchen von Männern geschlechtlich mißbraucht werden, mehren sich; die aktive sexuelle Betätigung, ja selbst die Gewerkschaftsarbeit zeigt immer mehr bei diesen Mädchen.

In den meisten Fällen hat die Verwahten ihre Ursache in einer totalen Verwahrlosung der Phantasie. Die Mädchen sind äußerst begierig, Einblicke in das Geschlechtsleben der Erwachsenen zu bekommen. Wenn normalerweise die Pubertät ein unterbewusstes Erwachen des Trieblebens ist, so ist es bei den Verwahten vorzeitig bewußt erwacht. Dieses Wissen bringt Unruhe und Verdrängungen in das Seelenleben des jungen Mädchens, die oft von verheerenden Folgen sind. Das Schicksal ist, daß das Triebleben jede Willensentwicklung überrennt. Alle Handlungen werden schließlich nur noch durch Triebkomponente bestimmt. Willensschwäche und große Sinnungslosigkeit beherrscht die Mädchen und schaffen böses soziales Verhalten und sind schließlich arbeitslos. Das Triebleben zurückdrängen.

Bei den jugendlichen Verwahten rückt die aktive geschlechtliche Betätigung stark in den Vordergrund. Die Folge ist oft hemmungsloser Verkehr mit Männern, und sie verfallen der Gewerkschaft. Der größte Teil der Verwahten kommt aus dem arbeitslosen Proletariat. In engen Wohnungen wohnt die Proletarierjugend heran. Glend und Rot haben hier ihre Stätte. Und es müssen schon sehr charakterstarke Menschen sein, die unberührt aus diesen Brutstätten der Entfittlichung hervorgehen. Durch die Frauenarbeit, die durch die schlechten Wohnverhältnisse in sehr vielen Familien notwendig wird, sind die Kinder sehr früh selbst überlassen. Gegen alle diese Tatsachen ist mit fürsorglichen und sozialpädagogischen Maßnahmen nicht anzukommen. Der Staat nur Veränderungen der sozialen Verhältnisse Wandel schaffen.

Ein großes Gefahrenmoment für die weibliche Jugend liegt im Mangel an Arbeitsmöglichkeiten für junge Mädchen. Die Pubertätszeit schafft eine große Sehnsucht nach einer Arbeit, die Lebenserfüllung bedeutet. Eine Verheiratung ist aber nur in manchen Zweigen, wie z. B. im Schneidergewerbe, vorhanden. Die Fabrikarbeit ist jenseits, löst alle schöpferischen Kräfte.

Im Schatten der Säfte weilt die Jugend.

Durch dieses Unbefriedigende werden die jungen Mädchenkörper zu Exploitationsherden, die sich in sinnloser Hingabe an das Amüsement und in sexuellen Ausschweifungen entladen.

Das Freizeitproblem bekommt unter dieser Erkenntnis eine wichtige Bedeutung. Die Proletarierjugend wächst heran, ohne irgendeinen Lebensinhalt zu haben. In der Arbeit ist er selten zu finden. Eine Verbindung mit der Geisteswelt besteht wegen der mangelnden Schulbildung nicht. Galtlos

täumeln die jungen Menschen wie Falter im Lichte des Vergnügungsliebens. Selten ist es, daß armen Menschenkindern möglich, an irgend etwas im Leben tiefe Freude zu finden. Hier hilft alle Gesetzgebung wenig, hier ist es notwendig, durch günstigere Lösung der Arbeiterfrage, durch Beseitigung der Wohnungsnot, andre, bessere Verhältnisse zu schaffen.

Eine frühzeitige Erfassung ist notwendig. Die sozialpädagogische Schulfürsorge muß aufgenommen werden. Die Lehrerschaft muß sich aktiver sozial betätigen. Ein Hand-in-Hand-Arbeiten der Berufsämter mit der Schulfürsorge muß angebahnt werden. Stärkere Beachtung verdient auch das Berufsschulproblem. Für körperlich schwache Mädchen müssen Internate zur Nachschulung eingerichtet werden. Alle Fürsorgetätigkeit muß darauf hinauszielen, ohne Fürsorgeerziehung auszukommen. Eine Durchsetzung der Polizei mit Fürsorgetinnen und weiblichen Kriminalbeamten ist notwendig.

Am Schluß kommt die Vortragende nach Prüfung verschiedener Möglichkeiten zu dem Ergebnis, daß die beste Lösung der Fürsorge für die gefährdete weibliche Jugend die Freizeitkultur der Jugendbewegung ist. Das sittliche Empfinden muß durch schöpferische Tätigkeit gesteigert werden. Mit Religion und konfessionellen Organisationen ist der arbeitenden Jugend nicht beizukommen, da kein rechtes Verhältnis zu den Empfindungen der Proletarierjugend gefunden wird. Die

Arbeiterjugendbewegung hat hier Vorbildlich gearbeitet.

Arbeiterjugendbewegung hat hier Vorbildlich gearbeitet. Eine Fülle ästhetischen, schöpferischen Könnens ist hier ausgelöst worden. Die moderne Jugendkultur ist die beste Behüterin der Jugend.

Anschließend sprach die Reichstagsabgeordnete Agnes Neuhaus (Dortmund) über den Werdegang des Bewahrungsgesetzes. Sie zeigte an Beispielen die Schwierigkeiten der bisherigen Vorschriften bei der Anstaltsunterbringung. Aus der Praxis und für die Praxis schilderte die Rednerin die Notwendigkeit günstigerer Gesetzesvorschriften in der Bewahrung der weiblichen Jugend.

Der Fall Machan-Kolomet

Der Magdeburger Vizepolizeipräsident, Oberregierungsrat von Trezkow besprach den Fall der Elisabeth Kolomet, Bremen, der seit Wochen die Öffentlichkeit beschäftigt. Nach einem kurzen Rückblick auf die Entwicklung der polizeilichen Wohlfahrtsfürsorge in den letzten 200 Jahren zeichnete er in kurzen Strichen die Aufgaben der modernen Polizei. Die Wohlfahrtsfürsorge ist nicht mehr eine Hauptaufgabe, sondern der Ordnungsschutz und die Gefahrenabwehr. In dem Buche „Vom Leben getötet“, das in Form eines Tagebuches die Schicksale eines jungen Mädchens schildert (wir haben in der „Volksstimme“ den Inhalt des Buches kurz wiedergegeben), werden die Polizei die schwersten Vorwürfe erhoben. Von Trezkow betonte, daß er keine Sensationen bringen werde, sondern die ganze Angelegenheit vom sozialpädagogischen und ethischen Standpunkt aus behandeln werde. Als Verfasserin des Buches konnte die Frau Kolomet, die Mutter des Mädchens ermittelt werden. Von dem Verteidiger der Frau Kolomet — die unter dem Verdacht der Verhinderung ihrer Tochter inzwischen verhaftet worden ist, ist Haftbeschwerde beim Oberlandesgericht Hamburg erhoben worden, über die im Laufe dieser Woche entschieden werden wird. Man erwartet die Entscheidung in Bremen mit größter Spannung. Die einzigen Belastungszeugen der Polizei gegen Frau Kolomet sind eine Prostituierte und ihr Zuhälter, die in den Mitteilungen der Polizei fälschlich als „Hausmädchen“ und als „Chauffeur“ bezeichnet werden.

Die Nachprüfungen der in dem Buche angegebenen Daten haben größtenteils ihre Richtigkeit ergeben. Die Frage, ob die

Fehler bei der erstmaligen Verhaftung Jugendlicher

in Sittlichkeitsdelikten begehen könne, muß bejaht werden. Diese Einigkeit spricht aber dazu an, um Mittel und Wege zu finden, die die Maßregeln auf ein Mindestmaß beschränken. Entscheidend ist der Grundsatz, daß bei den erstmaligen nicht schematisch, sondern ganz individuell vorgegangen werden muß. In diesem besonderen Falle muß die Untersuchung ergeben, ob die Elisabeth Kolomet das unschuldige Mädchen war, für das sie nach den Aufzeichnungen des Buches gehalten werden müßte, oder ob die Frau Kolomet ein unzüchtiges Treiben ihrer Tochter nicht nur geduldet, sondern ihm vielleicht auch Vorstoß geleistet habe. Aber ob das Buch nun Wahrheit oder Dichtung, oder beides verbunden ist, beizugehen bleibt der gewaltige Schrei, der dadurch ausgestoßen ist, und eine Mahnung an alle in der Jugendwohlfahrt arbeitenden Kreise bedeutet.

Am der Gefahr möglichst zu entgehen, daß durch das schematische Arbeiten des Verwaltungsapparates — am Hand von Akten aus der Zeit von 1902 bis 1907 über Sittlichkeitsvergehen zeigt von Trezkow, wie früher nach Schema alle Sachen behandelt wurden —

junge Menschen vom Leben getötet

werden, müssen von Polizeifürsorgetinnen die erstmalig Gefährdeten betreut werden. Der Aufbau einer weiblichen Sittlichkeitspolizei ist eine unbedingte Notwendigkeit zur Ergänzung der Tätigkeit der Fürsorgetinnen. In den Städten, die eine weibliche Polizei haben, sind die besten Erfahrungen gemacht worden. Und gerade durch das Buch „Vom Leben getötet“ oder den Fall Machan-Kolomet ist es Pflicht aller um die Wohlfahrt sich mühen Menschen, eine Zusammenarbeit von Polizei und Wohlfahrtsfürsorge in stärkerem Maße wie bisher anzubahnen.

In der Diskussion wurden vielerlei Vorschläge zur Steuerung der Jugendnot unter Zeit gemacht. Im allgemeinen blickt man sehr an der Oberfläche. Der größte Teil der Wohlfahrtsfürsorgetinnen kommt von Bürgerum, und hieraus erklärt sich denn auch die Oberflächlichkeit. Mit Pfälsterchen lassen sich aber soziale Schäden nicht beheben. Will man wirklich helfen, muß man zur Wurzel gehen und eine Änderung unserer Wirtschaftssystems fordern.

Am letzten öffentlichen Vortrag der Konferenz behandelte Stadtrat de Koon (Berlin-Charlottenburg) das Thema

Zusammenarbeit von Mann und Frau

in der Wohlfahrtsfürsorge. Das Zusammenarbeiten ist nicht immer so reibungslos, wie es im Interesse der Wohlfahrtsarbeit notwendig wäre. Die Schwierigkeiten kommen von beiden Seiten, den Männern liegt mehr die Verwaltungsarbeit, und den Frauen die Fürsorgearbeit ob. Die Fähigkeiten einer Fürsorgetin entscheiden sich durch das Maß von sozialem Verständnis und psychologischem Feingefühl; weniger durch juristische Kenntnisse. Die Frage junger Sozialbeamtinnen ist es, daß sie die Verwaltungsarbeit sehr geringfügig betrachten.

Die verschiedensten Wege sind schon beschritten worden, um ein besseres Zusammenarbeiten möglich zu machen. Eine Trennung des Innens vom Außendienst bezeichnet der Redner als unzulänglich. Eine Möglichkeit liegt darin, daß die Sozialbeamtinnen bei der Ausbildung in die Grundgedenisse der Verwaltungstechnik eingeführt werden und auf der andern Seite eine Beamtenauslese für die Verwaltung der Wohlfahrtsstellen stattfinden.

Am Sonntag fanden Beratungen über Berufsangelegenheiten statt. Die Vorträge werden sicherlich für die Wohlfahrtsbeamtinnen eine Fülle Anregungen und neuer Gedankengänge gebracht haben. Im Interesse einer Förderung der Wohlfahrtsarbeit sind solche Tagungen von großer Bedeutung. —

Magdeburger Angelegenheiten

An unsre Mitglieder!

Genossen und Genossinnen! In der kommenden Zeit finden Veranstaltungen und Mitgliederversammlungen statt. Am Sonnabend den 26. Februar treffen sich die Parteimitglieder mit ihren Angehörigen im „Sofjäger“ zum Winterbergnügen. Das Schlett-Orchester (30 Musiker) unter Leitung des Kapellmeisters W. Pfrieme führt das Konzert und die Kammermusik aus. Das nur etwas Gutes geboten wird, wissen die Mitglieder. Die letzten Veranstaltungen sind der beste Beweis. Anfang 8 Uhr. Programme 75 Pf. einschließlich Ball.

Mitgliederversammlungen

finden statt:

- Dienstag den 1. März:
 - Bezirk Fernersleben bei Stiller.
 - Bezirk Wilhelmstadt im „Wilhelmspark“.
 - Bezirk Westertor bei Hoffmeier.
- Mittwoch den 2. März:
 - Bezirk Diesdorf bei Thiele.
 - Bezirk Sudenburg in den „Sudenburgertälchen“.
 - Bezirk Wulda im „Admiralpalast“.
- Freitag den 4. März:
 - Bezirk Süd im „Bebedere“.
 - Bezirk Friedrichstadt-Werber im „Liloli“.
 - Bezirk Reform im „Sopfgarten“.
- Montag den 7. März:
 - Bezirk Alte Neustadt bei Winter.
 - Bezirk Cracau-Pfeffer bei Seiffert.
 - Bezirk Neue Neustadt im „Wintergarten“.
 - Bezirk Nord bei Holtz.
- Dienstag den 8. März:
 - Bezirk Lemsdorf im „Reinfelder Hof“.
- Freitag den 11. März:
 - Bezirk Dessauer Straße bei Grafemann.
 - Bezirk Salbe bei Fuhrmann.
 - Bezirk Rothensee am Montag den 14. März bei Runge.

In den Bezirksversammlungen werden Vorträge gehalten über „Das Wohlfahrtsamt der Stadt Magdeburg und die soziale Fürsorge“, „Das Arbeitsamt und die Erwerbslosenfürsorge“, „Kulturaufgaben der Arbeiterklasse“ und „Kommunalaufgaben“. Referenten sind die Genossen Julius Wach, Herklotz, Linke, Köber, Baer, Steinke und D. Winger. Außerdem soll in den Versammlungen Stellung genommen werden zum Bezirks- und Reichsparteitag. Anträge dazu sind möglichst schnell an das Parteisekretariat einzureichen, damit sie in den einzelnen Bezirken zur Diskussion gestellt werden können.

„Die Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis zur Gegenwart.“ Unter diesem Titel hat der Parteivorstand ein vom Genossen Sipinski geschriebenes Buch herausgegeben. Der erste Band ist erschienen und führt von der Jugendzeit der sozialistischen Bewegung bis zur Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei im Jahre 1875 und umfaßt 260 Seiten. Bei der großen Bedeutung dieser Schrift hat der Parteivorstand beschlossen, den größten Teil der Auflage zum Selbstkostenpreis durch die Organisation an die Mitglieder abgeben zu lassen, damit wirklich jeder, in dessen Hand es gehört, es sich auch anschaffen kann. Mitglieder erhalten den 260 Seiten starken Band kartoniert für 1 Mark, in biegsamem Leinwandband für 1,50 Mark. Im Buchhandel kostet das Buch 4,50 Mark. Bestellungen auf die Vorkaufausgabe werden nur durch das Parteisekretariat, Große Münzstraße 3, 2 Treppen, entgegengenommen. Bei der Bestellung ist der Mitgliedsausweis vorzuweisen und der Betrag von 1 bzw. 1,50 Mark zu entrichten.

Mit Parteigrüß

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei.

J. A. D. Winger.

Reichsbanner-Werbewoche am Mittwoch

Abteilung Sudenburg. Mittwoch, 7.30 Uhr: Antreten der Beiratsmitglieder und Jugend am Lemsdorfer Weg. 8.30 Uhr: Fackelmärsch zum Wurmser Platz. Abteilung Fernersleben. Mittwochabend 8 Uhr: Werbeversammlung. Redner Kamerad Stehning. Abteilung Alte Neustadt. Mittwochabend von 7.15 bis 8 Uhr: Fackelmärsch vor dem Lokal „Rapunberg“. Abteilung Neue Neustadt. Mittwoch 7 Uhr: Antreten vor dem „Wintergarten“ zum Fackelmärsch. Abteilung Diesdorf. Mittwoch Bildvortrag des Kameraden Pape. 6.30 Uhr: Antreten zum Fackelmärsch auf dem Torplatz. —

100 Millionen für produktive Erwerbslosenfürsorge

Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesuchentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur beschränkten Förderung von Maßnahmen der produktiven Erwerbslosenfürsorge übermiesen, wonach dem Staatsministerium ein Betrag von 100 Millionen Reichsmark für die genannten Zwecke zur Verfügung gestellt werden soll. Der Finanzminister soll ermächtigt werden, die erforderlichen Mittel nach ihrer Bewilligung im Wege des Kredits zu beschaffen.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ der beigefügten Begründung entnehmen, waren mit Abschluß des Rechnungsjahres 1925 an preussischen Mitteln bereits rund 60 Millionen Reichsmark darlehensweise aus dem Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge verausgabt, der sich im laufenden Rechnungsjahre noch erheblich erhöhen wird. Unter diesen Umständen erscheint es finanziell geboten, die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge künftig durch eine Anleihe aufzubringen; auch das Reich hat in diesem Jahre bei der Verfassung seines Fonds der produktiven Erwerbslosenfürsorge um 100 Millionen Reichsmark ebenfalls den Anleiheweg vorgezogen. Nicht eingeschlossen sind in dem Betrag die für den verstärkten Bau von Landarbeiterwohnungen erforderlichen 10 Millionen Reichsmark, für die ein besonderes Anleihegesetz vorgelegt ist. —

Allgemeiner deutscher Beamtenbund

Druckschluß Magdeburg.

Am Donnerstag fand eine äußerst gut besuchte Vertreterversammlung des Allgemeinen deutschen Beamtenbundes statt. Der zur Kenntnis genommene ausführliche Jahresbericht befriedigte die Anwesenden in jeder Hinsicht, da aus ihm zu entnehmen war, daß die Festigkeit eine feste ist, ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen war und die Kassensituation sich weit um über 100 Prozent verbessert haben. Gegenüber dem phantastischen „Rassenherd“ des D. B. V. kann der A. D. B. auf eine festgefügte und innerlich eng verbundene Mitgliedschaft schauen.

Von den Anwesenden wurde in erster Linie die jedesmal konsequente Politik des A. D. B. im Interesse der Gesamtbeamtenenschaft hervorgehoben, und dem Vorstand auf den Weg gegeben, in der Zukunft unter Wahrung der bisherigen vornehmen Art die Agitation intensiver zu gestalten, um allen denen, die schon längst innerlich zum A. D. B. gehören, aber aus irgendwelchen verkannten Rücksichten noch beim D. B. V. sind oder sich neutral verhalten, den Weg zur freien Beamtenerschaft zu zeigen.

Der bisherige Vorstand und die erforderlichen Kommissionen wurden einstimmig wiedergewählt. Die Geschäftsstelle befindet sich Bismarck-Straße 11, 1. Etage. —

Schwammwässerchen in Rothensee

Die Grasnutzung auf den Wiesenflächen der Insel Radeberg im Industriegebiet ist durch das in den Sommermonaten lang anhaltende Hochwasser völlig vernichtet worden. Das Gebiet im vorigen Jahre der Militärverwaltung zu Nutzungszwecken als Gras für den als Flugplatz benutzten Gröbaueranger überlassen worden war, ist bisher von einer Wiederinstandsetzung der Wiesen abgesehen worden.

Die Kommandantur Magdeburg hat aber mitgeteilt, daß die Hauptteile des Standortsees kein Interesse an dem Rothenseer Wiesenland als Weideland haben, da es die Anforderungen, die an einen Weideland gestellt werden müssen, nicht erfüllt. Die Flächen können dementsprechend für die nächste Grasparcung wieder in Betracht gezogen werden. Im Interesse der Futtergewinnung hält der Magistrat es für notwendig, jetzt mit den Instandsetzungsarbeiten zu beginnen.

Nach Berechnung der Garten- und Friedhofsverwaltung sind für diese Arbeiten insgesamt 10 000 RM. nötig. Die Stadtverordneten-Versammlung hat am 23. September 1926 für Instandsetzung der Wege auf den Rothenseer Wiesen 4000 Mark bereitgestellt. Die Arbeiten konnten jedoch bisher infolge ungünstiger Witterungsverhältnisse nicht ausgeführt werden. Die feinerzeit geeigneten Mittel in Höhe von 4000 Mark können bei den jetzt vorzunehmenden Arbeiten mitaufgebraucht werden, so daß noch 6000 Mark neu zu bewilligen sind.

Bei dieser Gelegenheit macht der Magistrat darauf aufmerksam, daß die durch das vorjährige Sommerhochwasser hervorgerufenen Beschädigungen an Bäumen und Sträuchern sich erst nach Eintritt der Vegetation endgültig auswirken werden. Es steht daher zu erwarten, daß noch weitere Mittel für Beseitigung der Hochwasserbeschädigungen angefordert werden müssen. Die Stadtverordneten-Versammlung soll aber die Summe von 6000 Mark zunächst bewilligen.

Neu zehn neue Straßentastellen

Die ständig wachsende Inanspruchnahme der für die Versorgung von Kraftfahrzeugen und Betriebsstoff auf öffentlichen Straßen und Plätzen eingerichteten Tankstellen veranlaßt den Magistrat, die vorhandenen bzw. genehmigten 18 Zapfstellen durch weitere Anlagen zu ergänzen. Unter Berücksichtigung der von den interessierten Firmen eingereichten Anträge sollen mit Zustimmung des Polizeipräsidenten 18 neue Stellen auf folgenden Straßen und Plätzen der Stadt eingerichtet werden:

1. Auf dem nördlichen Bürgersteig der Göttinger Straße, Ecke Pfälzerstraße;
2. auf dem westlichen Bürgersteig der Westendstraße, Ecke Halberstädter Straße;
3. auf dem nördlichen Bürgersteig der Inselstraße, Ecke Wöbder Straße;
4. vor dem Grundstück Ambrosiusplatz 4;
5. vor dem Grundstück Gröbau Straße 1;
6. vor dem Grundstück Preiser Nr. 14;
7. Dieselstraße, Gannoverstraße, vor dem Grundstück Gannover zum Landhaus;
8. Leimbach, vor dem Grundstück Kleinfeiler Straße 5;
9. in der Berliner Straße vor dem Grundstück 30/31;
10. Auf dem westlichen Bürgersteig der Hanfstraße, Ecke Walter-Mathenau-Straße;
11. an der Ecke der Lindenburgerstraße-Erdharing;
12. auf dem südlichen Bürgersteig der Polkestraße vor dem Grundstück 10/11;
13. auf dem nördlichen Bürgersteig der Schroderstraße, Ecke Erdbergerstraße;
14. Gröbau, vor dem Grundstück Nabelsbergstraße 11/12;
15. an dem südlichen Bürgersteig der Lauensteinstraße vor dem Grundstück Nr. 9;
16. Mittelstraße, Ecke Lübecker Straße;
17. auf dem nördlichen Bürgersteig der Heinrichstraße, Ecke Lübecker Straße;
18. auf dem südlichen Bürgersteig der Kaiser-Friedrich-Straße, Ecke Große Dieselstraße.

Die Firmen haben der Stadt für die Überlassung des Platzes eine jährliche Vergütung von 200 Mark zu zahlen und außerdem die Stadt in Höhe von 2 Prozent am Bruttoerlös jeder Tankstelle zu beteiligen. Die Stadtverordneten-Versammlung soll der Anlage und dem Betrieb der ausgearbeiteten Tankstellen am Donnerstag ihre Zustimmung geben.

Stilles Gerede

Durch das Volkstheater wird merkwürdigerweise eine deutliche nationale Haltung im Preussischen Landtag verbreitet, in der behauptet wird, zum Nachfolger des gegenwärtigen Oberpräsidenten von Preußen sei der Magdeburger Polizeipräsident, Genosse Dr. Wenzel, anzusetzen.

Die Anfrage beabsichtigt offensichtlich nur Stimmungsmache gegen Dr. Wenzel, der den überragenden Verdiensten aus seiner früheren Tätigkeit in Oberpreußen besonders verhaftet ist. Gleichzeitig richtet sich die Stimmungsmache wesentlich auch gegen den jetzigen sozialdemokratischen Oberpräsidenten Zimmer. Da sich dieser besser Gehör verschaffen will, ist die ganze Anfrage nur als ein stiller Versuch zu bezeichnen.

Aus dem städtischen Gesundheitsamt

In den Sprachstunden des Stadtschulamts wurden im Monat Januar 53 Personen unterrichtet und begünstigt. Die Schularbeit wurde in vier Fällen mit ein Gutachten gegeben. Von den Unterrichtenden der Gesundheitskommission sind im Monat Januar 53 Befragungen vorgenommen worden, hauptsächlich wegen hochgradiger Alkoholgenuss. Im Januar wurden in 100 Sprachstunden 306 Schulstunden unterrichtet. 52 Kinder mußten der Erziehungsjahre zugewiesen werden. Im Monat Januar wurden elf Sprachstunden mit, in denen 237 Personen begünstigt und unterrichtet wurden.

Die zehnjährigen Unterweisungen in den Schulen erfolgten 908 Kinder. In zehnjährige Behandlung durch die Schulgesundheitsämter wurden 156 Kinder, und zwar 61 Mädchen und 95 Knaben eingeschult.

Die städtische Tuberkulosefürsorgestelle hat trotz ihres kurzen Bestehens Verdienste bei der Tuberkulosebekämpfung gemacht, was die große Zahl von Unterweisungen und Begünstigungen beweist. Es ist auch ein Beweis dafür, wie verbreitet die Tuberkulose Infektion in unserer Heimatstadt ist. Im Januar wurden 50 Personen unterrichtet (zum ersten Male 106 Männer, 125 Frauen, 21 Kinder, wiederholt 183 Männer, 240 Frauen, 175 Kinder). Außerdem wurden vorgenommene Kontrolluntersuchungen bei Tuberkulose: 360 bei Kindern, 101, Spätkontrolluntersuchungen 22. Von den Untersuchungen waren Selbstuntersuchungen 12.

Von den Tuberkulosekranken, die die Anträge haben, die langjährige Behandlung an Anstalten zu übernehmen und den Angehörigen der Kranken Erhaltungszulagen zu geben, wurden 636 Befragte gemacht, 221 bei allgemeinen Kontrolluntersuchungen (Schwarz, Döbberitz usw.) und 414 bei Spezialuntersuchungen.

Die städtische Desinfektionsanstalt führte insgesamt 414 Desinfektionen aus, und zwar 20 Formalin-Desinfektionen, 141 Scheuerdesinfektionen und 253 Dampfdesinfektionen.

Das Nahrungsmittel-Untersuchungsamt ist zuständig für die Stadtkreise Burg, Magdeburg, Stendal, die Landkreise Galle, Gardelegen, Jerichow I und II, Neuhaldensleben, Osterleben, Osterburg, Salzweber, Stendal, Wanzleben und Wolmirstedt. Die Zahl der Untersuchungen betrug insgesamt 592.

In den Krankenhäusern wurden insgesamt 38 751 Verpflegungstage geleistet, in Altstadt 17 372, in Sudenburg 21 385.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Diesdorf. Am Mittwochabend nach der Reichsbannerveranstaltung findet eine Funktionärssitzung statt. Es muß jeder erscheinen.

Die Frauengruppe Alte Neustadt hielt ihre Versammlung ab. Genossin Hartmann sprach über Nationalisierung im Haushalt. Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen und brachte viel Anregungen für das proletarische Heim.

Die Pestalozzifeier der 1. Neustädter Sammelschule. Die am Freitagabend von der 1. Neustädter Sammelschule veranstaltete Pestalozzifeier war sehr gut besucht. Der überfüllte Saal der National-Festhalle zeugte von dem regen Interesse, das Eltern und Schule verbindet, war auch gleichzeitig ein Dokument des großen Gemeinschaftsgeistes aller Beteiligten. Ein hervorragendes Programm fesselte bis zum Ende. Fünf lebende Bilder, darstellend die Märchenwelt des Kindes von der Wiege durch die schönsten Kinderjahre bis zum Eintritt in den Ernst des Lebens gaben den Rahmen für das übrige Programm, welches sich in Lieder, Gedichte, Spiele, Tänze und Leibesübungen gliederte. Die Bilder, mit erlebnisreichem Geschmaack erdacht, wurden sehr gut dargestellt. Auch szenisch war der Aufbau gut gelöst. Vor allem sei der schwierigen Aufgabe der darstellenden Kinder bei den Bildern gedacht. In Anbetracht der Fülle des Programms kann nicht jede einzelne Nummer einer Würdigung unterzogen werden. Möge allen Anwesenden als Leitfaden fürs fernere Leben die Stelle des Eingangsliedes gelten: „Menschen müssen Brüder werden“, dann werden sie handeln im Sinne des großen Erziehers, anlässlich dessen 100. Todes-tage die Feier arrangiert wurde. Lehrer Jungen verstand in markanten Worten ein Lebensbild Pestalozzis zu geben. Reicher Beifall bewies, daß er das Richtige getroffen hatte. Zu den Programmnummern ist zu bemerken, daß es den einen zurück-zurück hieß, wenn man den andern lobte. Selbst die Kleinsten verstanden es, wenn nötig, mit Ernst an ihre Aufgabe heranzugehen, sie waren aber höchlich, wenn der gesunde Kinderhumor sich auswirken konnte. Das Lied „Schlaf, Herzenshöhnchen“, geungen von einer Sechsjährigen, berührt aber dennoch ein Extraparab. Aber auch der Arbeit des Scherzkollegiums, das sich mit Hingabe der Einstudierung widmete, sei gedacht. Alle Eltern werden überzeugt sein, daß ihre Kinder in guter Obhut sind, sie werden unermüdet für die Stärkung der 1. Neustädter Sammelschule arbeiten, die Idee der weltlichen Schule bei jeder Gelegenheit propagieren. Noch eine Frage an die Behörden: „Ist es nötig, daß, wie aus dem Programm ersichtlich, derartige Veranstaltungen einer Schule verweigert werden, wo der Reingewinn allein der Schule zufällt?“

Die neue Überführung am Breiten Wege. Die Arbeiten für die durch die Verlegung der Bahngleise nach Budau notwendig gewordene Bahnüberführung des Breiten Wegs am Sudenburger Tor sind jetzt aufgenommen worden. Um die Eisenkonstruktionen der Brücke, deren Enden auf den Festungswällen lagern, zu ermöglichen, sind dort große Gerüste errichtet, die den Bürgersteig überbrücken. Die Arbeiten schreiten flott vorwärts.

Sticht einem Proturisten das Zuchtungsrecht? Als Proturistin war Frau A. in dem Handelsgeschäft ihres Gatten tätig. Die Leitung der Ausbildung der Lehrlinge war der Angeklagten übertragen worden. Nachdem sie einen Lehrling geprüft hatte, wurde sie zur Verantwortung gezogen. Frau A. behauptete, sie sei berechtigt gewesen, den betreffenden Lehrling wegen seines schlechten Benehmens zu züchtigen. Das Oberlandesgericht Braunschweig sprach die Angeklagte zwar frei, führte aber u. a. aus, es handle sich vorliegend um eine Frage, welche ziemlich unstrittig sei. Die Angeklagte glaubte, nach § 127a der Gewerbeordnung ein Zuchtungsrecht zu besitzen. Nach § 127a der Gewerbeordnung sei allerdings ein Lehrling der väterlichen Zucht des Lehrherrn unterworfen. Die Vorschrift des § 127a finde aber auf Inhaber von Handelsgeschäften keine Anwendung. Nach Ansicht des Reichsgerichts würde unter den obwaltenden Umständen Körperverletzung anzunehmen sein. Das Oberlandesgericht könne sich dieser Auffassung nicht anschließen. Die Angeklagte habe die Vorschrift des § 127a l. c. unrichtig ausgelegt. Es handle sich aber nicht um einen strafrechtlichen, sondern um einen zivilrechtlichen Irrtum, welcher die Angeklagte nach § 59 des Strafgesetzbuchs vor Strafe bewahre. (2. L. 78. 25.)

Müllerisches Siedehospital. Aus Anlaß der Einweihung des Anbanes im Müllerischen Siedehospital fand für die Alten ein musikalisches Unterhaltungsabend statt. Das keine Orchester der Sieder-Oberrealschule, unter Leitung des Primaners G. Lenz, der Konzertsänger Max Simon und der Oberlehrer Reimund von der Oberrealschule, Fräulein Kieber und die Gebr. Schöne hatten sich in den Dienst der guten Sache gestellt. Gleich durch den „Deutschener-Marsch“ von Jurek spielte sich das Orchester in die Herzen der Zuhörer hinein, so daß es auf stürmische Verlangen immer wieder Zugabe machen mußte. Die welche Tenorstimme Simons brachte meisterhaft alle Lieder zum Ausdruck; besonders gut gelang die „Lorelei“ von Liszt. Fräulein Elze Kieber trat in den schmelzigen Liedern „s Zwißmann“ von Schum und „Niemand hat's gesehen“ von Carl Loewe sehr gut den Ton. Als Künstler zeigten sich die Gebrüder Schöne. Ihr Juwelenstück in „Mäxchen und Geige“ war meisterhaft und erreichte in dem Stück „Canari“ von Kolinski den Höhepunkt. Zum Schluß dankte der Konzertsänger A. Wiffelmann allen Mitwirkenden recht herzlich und rief ihnen „Auf recht baldiges Wiedersehen!“ zu, da man beabsichtigt, in jedem Monat einen solchen Unterhaltungsabend zu veranstalten.

Zum Begriffe des jetzigen Schutzes. Der Korbmacher G. hat für das Jahr 1926 die Erlaubnis eines Wandergewerbebescheins zum Schutze und Ausführung von Korbmacherarbeiten im Umherziehen beantragt; er war aber vom Bezirksauschuß in Trier ablehnend beschieden worden, weil er keinen festen Wohnsitz habe. G. hat sich in Trier in den Besitz einer Wohnung gesetzt, nachdem er aus einer andern Wohnung evakuiert worden war. Während er im Jahre 1924 auf Weisen war, zeigte man seine Möbel aus der neuen Wohnung heraus. Seit dieser Zeit schließt G. in einem Wohnwagen und übt von diesem sein Gewerbe aus. Der Bezirksauschuß begründete sein ablehnendes Urteil damit, daß nach § 57b (1) der Gewerbeordnung der Wandergewerbebeschein verweigert werden könne, wenn der Nachgehende im Inland keinen festen Wohnsitz habe; ein solcher zeige das Zusammen von Räumen

in festen Gebäuden voraus. Gegen dieses Urteil legte G. Revision beim Oberverwaltungsgericht ein, welches auch die Revisionscheidung aufgehob und die Sache zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an den Bezirksauschuß zurückverwies, indem u. a. ausgeführt wurde, die Ansicht des Vorberrichters, daß ein Wohnsitz durch ein Wohnwagen im Wohnwagen überhaupt nicht begründet werden könne, sei richtig. Es komme nur darauf an, ob eine Person den dauernden Sitz ihrer ganzen Interessen, ihrer ganzen Lebensbetätigung an einem Orte habe und behalten wolle. Dies könne auch der Fall sein, wenn die betreffende Person nur in einem Wohnwagen wohne. Dies hätte der Bezirksauschuß um so mehr prüfen müssen, als G. früher eine feste Wohnung gehabt habe; G. sei lediglich durch die unbilligen Wohnungsverhältnisse zur Räumung der Wohnung gezwungen gewesen. Es werde zu erwägen sein, auch wenn G. seine Wohnung im Wohnwagen habe, ob er den dauernden Sitz seiner ganzen Lebensbetätigung in Trier habe behalten wollen und tatsächlich noch habe. Es sei auch nicht ersichtlich, inwiefern der Vorberrichter die jetzigen Verhältnisse anders beurteile als für das Jahr 1925, für welches G. der Wandergewerbebeschein erteilt worden sei. Sei im Vorjahre ein Wandergewerbebeschein erteilt worden, so müsse ausführlich darzulegen werden, aus welchen Gründen jetzt eine andre Beurteilung eingutreten habe, sonst müßte eine willkürliche Behandlung der Angelegenheit angenommen werden. (III. C. 14. 56.)

Schutzvorrichtungen auf den Röntgenstationen der Krankenhäuser. Bei der Anwendung von Röntgenstrahlen zu Heilzwecken arbeitet man seit einer Reihe von Jahren mit immer höheren Strahlendosen. Die Schutzvorrichtungen, die zum Schutze des Bedienungs-personals vor den bei Dauerbestrahlung schädlich wirkenden Strahlen aufgestellt worden sind, reichen infolge dessen z. T. nicht mehr aus. Es ist nötig, hier Maßregeln zu schaffen, um die Stadt vor Schädenscheinprüfungen zu schützen. Das Elektrizitätsamt will nun an Stelle der Schutzschirme strahlensichere Beobachtungstafeln einbauen. Die Kosten werden für die Stationen im Krankenhaus Sudenburg auf 14 500 Mark, in Altstadt auf 10 700 Mark veranschlagt, sie sollen am Donnerstag von den Stadtverordneten bewilligt werden.

Radiohörführungen. Nicht allen Besitzern von Bestrahlungs-, Hochfrequenz- oder Diathermieapparaten und dergleichen wird es bekannt sein, daß diese Apparate während der Zeit des Gebrauchs den Rundfunkempfang in der empfindlichsten Weise beeinträchtigen. Diese Apparate machen in einem Umkreis von 250 Meter den Rundfunkempfang auf allen Wellen zur Unmöglichkeit dadurch, daß sie in den Hörapparaten der Rundfunkteilnehmer ein unerträgliches Rauschen verursachen. Bei der weiten Verbreitung des Rundfunks — in Magdeburg zum Beispiel sind zurzeit etwa 4500, im Oberpostdirektionsbezirk etwa 16 000 Rundfunkteilnehmer — wird daher schon durch einen einzelnen Bestrahlungsapparat u. U. einer ganzen Reihe von Rundfunkteilnehmern der Genuß der Rundfunkdarbietungen in erheblichem Maße beeinträchtigt. Die Oberpostdirektion sieht sich deshalb veranlaßt, zugleich im Namen aller Rundfunkteilnehmer an die Besitzer von Hochfrequenz-Heilapparaten die bringende Bitte zu richten: Wenn es nicht anders geht und ihr vom Gebrauch jener Apparate tatsächlich Erfolg verspürt, denkt an eure Mitmenschen, die nach angestrengter Tagesarbeit sich auf die Stunde erschöpfender geistiger Anregung und Belebung freuen! Nehmt deshalb eure Apparate nicht während der Hauptsendezeiten der Rundfunksender — d. i. von 4.30 bis 6 Uhr nachmittags und von 8 bis 12 Uhr abends — in Gebrauch, sondern möglichst in den dazwischen liegenden Stunden. Tausende von Rundfunkteilnehmern werden euch für eine solche Rücksichtnahme danken.

Beim Feueranmachen verbrannt. Im Betrieb der Firma Mundlos machte am Dienstag morgen 8 Uhr der Lehrling Ernst Westerscholz, Nachtweide wohnhaft, unter einem Gartenfenster Feuer. Die Flamme schlug plötzlich heraus und verbrannte W. im Gesicht. Der Betriebsarzt behandelte den Verbrannten. Zum Glück ist das Augenlicht nicht gefährdet.

Im Tod verunglückt. Von einer Übung im Herrenkruggelände marchierte am Sonnabend eine Reichswehrtruppe mit klingender Marschkapelle nach der Kaserne zurück. Ein älterer Mann ging im gleichen Schritte mit. Plötzlich fiel er in sich zusammen und fiel um. Er hatte einen Schlaganfall bekommen. Einige Soldaten bemühten sich um ihn; der Tod trat auf dem Transport zu einem Polizeiarzt ein.

Straßenunfall. Die Arbeiterin W., wohnhaft Gröbaustraße 11, fiel am Montag auf dem Breiten Weg in der Nähe des Königshofs so unglücklich hin, daß sie sich eine schwere Kopfverletzung zuzog und mittels Krankenwagens in ihre Wohnung übergeführt werden mußte.

Von einem Schlaganfall gerührt wurde ein alter, bereits halb gelähmter Mann an der Katharinenstraße. Da man glaubte, es mit einem Betrunknen zu tun zu haben, kümmerte sich niemand um ihn. Als er schließlich längere Zeit mit dem Gesicht zur Erde liegen blieb, erkannte man, daß der Mann bewußtlos war. Drei junge Leute brachten den Mann nach seiner Wohnung in der Kutscherstraße.

Unfall bei der Arbeit. Dem Arbeiter Friedrich M., Braunschweiger Straße 5, wohnhaft, fiel auf seiner Arbeitsstätte ein Rohr auf die rechte Schulter. M. erlitt eine schwere Verstauchung und mußte dem Krankenhaus Sudenburg zugeführt werden.

In den Fahrstuhlschacht gestürzt. In der Farbenfabrik von Carl Hans Blume stürzte Bruno M., wohnhaft Leipziger Straße 10, in einen Fahrstuhlschacht. M. zog sich eine Kopfverletzung zu und mußte dem Krankenhaus Altstadt zugeführt werden.

Kellerbrand. In einem Keller des Postgebäudes am Platzwageplatz hatte der Inhaber des Kellers Papierabfälle verbrannt und den Rest nicht richtig abgelöscht. Durch Funken waren noch Stroh- und Papierabfälle in Brand geraten. Von dem am Montag abend um 6.16 Uhr alarmierten Löschzug der Hauptfeuerwache konnte der Brand mit einigen Eimern Wasser schnell gelöscht werden.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung Sudenburg. Wehrportier! Meldungen zum Statistenamt am Sonntag den 27. Februar müssen bis spätestens Freitag beim Kameraden A. Dehn, Kurärztenstraße, erfolgen. — Antriten am 27. Februar, vormittags 10.30 Uhr am Eisdeckplatz. Kassekollekt D. Gehrentamp, Kurfürstentempel.

Theater, Konzerte, Vorträge

„Der Schrei aus der Straße“ von Rolf Sandner — Erstaufführung für die „Junge Bühne“ — am Donnerstag den 24. Februar im Wilhelm-Theater. Eintrittskarten, auch für Nichtmitglieder: Volkshöhe, Berliner Str. 18. Freitag-Abend — Ludwig Stenberg — in der Frauenstraße am Sonnabend den 26. Februar, 8 Uhr. Eintrittskarten 75 Pfg. und 1 Mk. bei Heimkehrigen Volkshöhe und Volkshöhe, Berliner Str. 19. [50]

Fay's echte Sodener Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung

Wintertauhenen Alte Reserve

Zuchthaus oder Freispruch?

Heute Mittwoch

beginnt der mit Spannung erwartete Prozeß wegen Rupperei Das Plädoyer hält der gefürchtete



Staatsanwalt Jordan

Eine Verfilmung des spannenden Romans von Hans Sand

Gauptrollen:

Max Johnson — Hans Mierendorff

Zur besonderen Beachtung!

Staatsanwalt Jordan wurde erst vor kurzem verurteilt, daher für Magdeburg neu.

Ferner zeigen wir:

Die Swillingsschwester

Ein Gesellschaftsspiel aus dem goldenen lauchenden Wien, nach dem gleichnamigen Bühnenstück von Ludwig Julda mit

Sensationelle Solmadge Ronald Selman

Walhalla-Lichtspiele

Aufführung 4 Uhr, Beginn 4.30 Uhr

Lachen links das gute republikanische Witzblatt empfiehlt herzlich Volksstimme

Hallo! Dienstag den 1. März Hallo! die beliebte Werderfischlöcher-Redoute

(Eine Nacht im Schwarzwald)

Nach der Festpolonaise: Prämierung der besten 2 Damen- und 2 Herren-Masken. Solide Eintrittspreise.



Was die Geschäftswelt wissen muß!

Nicht jede Buchdruckerei bringt es fertig, neuzeitliche Drucksachen herzustellen, denn das bedingt kostspielige Anschaffung neuzeitlicher Schrift- und Schmuckmaterials sowie neuzeitlicher Maschinen und vor allem ein geschultes Personal. Alle diese Voraussetzungen sind bei uns gegeben!

Unsere Druckerarbeiten

sind so, wie sie sich der anspruchsvolle Geschäftsmann wünscht: vornehm, gediegen, werbekräftig. Wir bitten Interessenten um ihren Besuch

W. Pfannkuch & Co.

Gr. Münzstraße 3 / Fernsprecher 6264-67

März

31 Tage

1927						
M	D	M	D	F	S	
6	7	8	9	10	11	12
13	14	15	16	17	18	19
20	21	22	23	24	25	26
27	28	29	30	31		



1927						
S	M	D	M	D	F	S
						1
2	3	4	5	6	7	8
9	10	11	12	13	14	15
16	17	18	19	20	21	22
23	24	25	26	27	28	29
30						

Fastnachts - Dienstag

Kehraus-Redoute im Kristall-Palast!

Stadttheater

Mittwoch, 23. Februar 7, 11, 8 nach 10, 11 & Abend

Erstaufführung Don Juan

Pantom Ballets Gind. Sierauf: Die Entführung aus dem Serail. Donnerstag, 24. Febr. 9. Abend Auf 7, 11 Uhr Ende 10 11.

Die Boheme

Wilhelm-Theater

Mittwoch, 23. Febr. 8 11. Sonntag, 26. Febr. 11. Die Nacht d. Dinnertis

Gasthaus

Wahlthiner Hof

Scannegirgstraße 3 - Tel. 1881

Diverse Vereinszimmer bis 100 Personen

Walter Grunow.

Friedrichs Festsäle.

Im Hamburger-Jal jeden Mittwoch, Donnerstag und Sonntag, 8-11 Uhr nachm.

Kaffee-Konzerte

des Kaffee-Trinkes Gänge. - Eintritt frei -

Grippe!

Rum 60% in Original-Liter-F. nur 2.50 Willy Walter Prälentur 17.

Sehr günstiges Angebot!

Ein Jahr neuer, 12 Jahre alter

Pepper-Korn-erbst mit Jazz-Musik

30 Noten, 2 Gitarren, 2 Klaviere, 2 Saiteninstrumente, 2 Saiteninstrumente, 2 Saiteninstrumente, 2 Saiteninstrumente.

Paul Simon & Sohn Magdeburg, Markt-Weg 127 a. L.

Zentral-Theater

DIREKTION: WALTER STEINERT

Nochmalige bestimmt letzte Sonder-Vorstellung

für das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Allgem. Deutschen Gewerkschaftsbund

Donnerstag, 24. Februar

Madame Pompadour

Operette von Leo Fall. Gastspiel

Hilde Wörner und Kammeränger

Eduard Lichtenstein

Karten zu besonders ermäßigten Preisen sind gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuchs des Reichsbanners oder des Verbandsausweises im Theaterbureau (Erzbergerstr.) vorm. von 10 bis 1 und nachm. von 5 Uhr an erhältlich.

Neustädter

Dienstag den 27. Februar

Stammermusik

Komödie in 6 Akten mit

Henny Herten

Eine unheimliche Nacht

Kriminal-Komödie in 6 Akten

Denkig-Woche

Beginn: Donnerstag 6 Uhr, letzte Vorstellung 11.30 Uhr

Burg Palast-Theater Burg

Als Dienstag

der große deutsche Film sein bestes Programm gebietet

mit Margarete Kupfer als Hauptdarstellerin:

Das deutsche Winterherz

2. Schöler:

Der große Abenteurer

Eine Liebesgeschichte zu Wasser, zu Lande und in der Luft und der wunderbare die mystische Eine Schweizer Bergbahnfahrt.

Aufführung 6:15 Uhr.

Zeit die Frauenwelt!

Größer und Kinderwagen billig zu verkaufen Halberstädter Straße 89. 1189

Chaiselongues

Sojas, Anstiege-Matrasen, nicht billig und schnell, sondern kupfer, es ist besser zu verkaufen. Sojas, Anstiege-Matrasen, nicht billig und schnell, sondern kupfer, es ist besser zu verkaufen.

Die anarkont besten und billigsten Federbetten

aus mit prima Gänse- und Enten gefüllt, auch man nur bei Lorez, Goethestr. 37

Herliche Deckbetten 15 bis 20 Mk. Langjährige Garantie!

Größer und Kinderwagen billig zu verkaufen Halberstädter Straße 89. 1189

Eine bemerkenswerte Voranzeige!

Wir möchten nicht verfehlen, Sie auf eins der prächtigsten Filmwerke der Saison ganz besonders aufmerksam zu machen. Es ist dies der Film

„Eine Dubarry von heute“

Der Film zeigt den Aufstieg eines Pariser Ladenmädchens zur großen Kokotte, die durch ihre Verschwendungssucht ein ganzes Volk erbittert. Maria Corda verkörpert diese Kokotte in unnachahmlicher Weise und wird sich mit dieser Rolle weitere Anhänger schaffen

„Die Biene Maja“

von Waldemar Bonsels hat in der Sonntags-Vorstellung eine derartig begeisterte Aufnahme gefunden, daß wir uns veranlaßt sehen, dieses Wunderwerk der Filmkunst ebenfalls in unserem dieswöchentlichen Programm aufzunehmen

Es steht Ihnen also in dieser Woche ein besonderer Genuß bevor



Jack London der große Erzähler von Natur und Welt!

Sehen Sie seine spannenden Abenteuererzählungen

Die eiserne Ferkel 4.00

Ein sozialer Roman

Wolfsblut 6.00

Wenn die Natur ruft 1.50

Lauf des Goldes 7.00

Ein Leben der Gänge 4.80

Die Schiffe 4.80

Die Schiffe 4.80

In den Wäldern des Nordens 4.80

König Alkohol 4.80

Der Geewolf 5.50

Ein Dichter der Arbeiterklasse 1.50

Eine Biographie

Sehen Sie den Arbeiter-Schriftsteller den Sozialisten

Buchhandlung Volksstimme

Magdeburg, Gr. Münzstraße

Ca. 25 Pianos

Hupfeld, Gebr. Zimmermann. Das Qualitäts-Piano. 550

Neuerste Preise. 50 Mk. monatlich.

Strenge reelle Bedienung.

Paul Schumann & Sohn seit 1889.

Jed. fehrer sein. Tü. rufen wir dem Gracauer, zu, welcher pleubte, und durch Jurend d. Heruels. „Grande Liebesgeschichte.“ etwas Neues zu bruce. Nach Ihrem Aussehen. urteilen, glaubt man kann, das Sie in ichen raren können. Aufmerksamt kam leider zu spät

Männer-Gesangverein Bredenstedt

Zu unserm am 27. Februar, abends 8 Uhr, stattfindenden

Sänger-Ball mit Theater

(zur Auführung gelangt die Oper Preziosa) laden freundlich ein Der Vorstand und Gastwirt Jarrich.

UT Storchstraße

Nur bis Donnerstag:

Um den großen Preis

Die Todesfahrt im 200-km-Tempo

Gerner:

Unter Javus Glutensonne

Sensationelle Abenteuer in den Gefahren des Urwald-Dschungels

Dazu:

Bubi als Detektiv

Soller, vrideinder Humor

UT Bückau UT

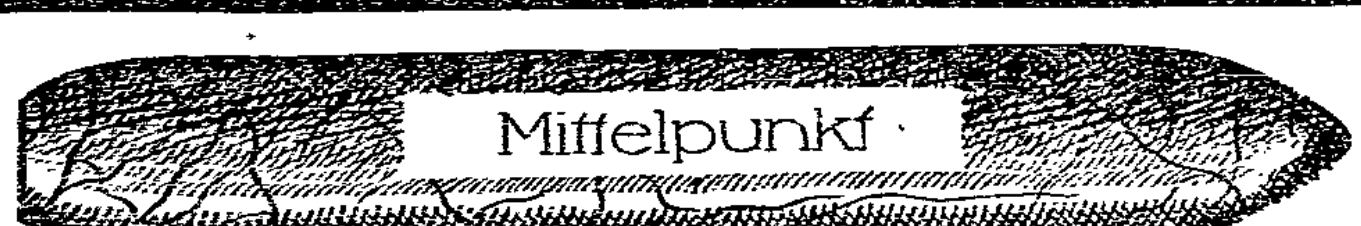
Auf 1000fachen Wunsch nochmals

Der Wolgaschiffer

Das gewaltigste, packendste Stückwerk mit

Gesangseinlagen und

Bühnenbildern



Die konkurrenzlose 12-Pfennig-Zigarre

Lindau & Winterfeld G. m. b. H.

Zigarrenfabrik Magdeburg

Nachrichten aus der Provinz

Abschluß der Hochwassernotstandsaktion

Der Minister des Innern hat im Einvernehmen mit dem preussischen Finanzminister die aus Anlaß des Sommerhochwassers 1926 eingeleitete Notstandsaktion zum Abschluß gebracht und zu diesem Zwecke weitere 1 525 000 Mark zur Verfügung gestellt. Ein gleicher Betrag ist von der Provinzialverwaltung übernommen worden und ebenfalls von den beteiligten Kreisen zu übernehmen. Die gesamten in der Provinz Sachsen entstandenen Schäden belaufen sich auf rund 32 Millionen Mark.

Als behilffsfähiger Schaden ist ein Betrag von insgesamt rund 22 Millionen Mark anerkannt worden. Vom Ministerium sind 50 Prozent davon, also

11 Millionen Mark Beihilfen,

festgesetzt worden. Von diesen 11 Millionen Mark Beihilfen sind aus Reichsmitteln etwa 1 500 000 Mark als besondere Zuschüsse gewährt worden. 800 000 Mark sind als Saatgut- und Düngemittelkredite gegeben. Der Restbetrag von 8 670 000 Mark wird von Staat, Provinz und Kreisen zu je einem Drittel getragen, doch sind zur Entlastung der Kreise etwa 800 000 Mark von Staat und Provinz übernommen worden.

Die von Staat, Provinz und Kreisen insgesamt aufzubringenden Beihilfen werden zu 40 Prozent in Form von vorerforderten Zuschüssen und zu 60 Prozent in Form von Darlehen gewährt. Die Darlehen sind von den Geschädigten mit 2 Prozent zu verzinsen und spätestens am 1. Dezember 1928, 1929 und 1930 mit je einem Drittel zurückzuführen. Die Beihilfen verteilen sich auf die drei Regierungsbezirke wie folgt: Regierungsbezirk Magdeburg: 5 145 087 Mark, Regierungsbezirk Merseburg: 5 168 901 Mark, Regierungsbezirk Erfurt: 688 062 Mark, zusammen 11 Millionen Mark.

Landkreistag und Gasfernversorgung

Am Montag tagte in Leipzig der Sonderausschuß des Deutschen Landkreistags für Elektrizitäts- und Gasfernversorgungsfragen. Der Ausschuß stellte in den Vordergrund seiner Beratungen, daß die Landkreise ebenso wie die anderen Kommunalverwaltungen sich aus der in stetiger Entwicklung ausgehenden Elektrizitätsversorgung ihrer Gebiete nachträglich durch Reich oder Staat ausfällen lassen dürfen. Sie befähigen sich nur zum Nutzen der Verbraucher ihrer Gebiete. Jede Einmischung von außen hat bisher nur zur Verteuerung des Strombezugs geführt. Gesehliche Eingriffe sind zwecks Verkopplung der Erzeugerwerke nicht erforderlich, da sich die Konzentration der Elektrizitätswirtschaft in Deutschland im Gegensatz zu England in freier Entwicklung und ohne Zwang, insbesondere durch Zusammenfluß der Kommunen untereinander und mit der Privatwirtschaft, bereits vollzogen hat.

Auch in der kommenden Gasfernversorgung vertreten die Landkreise ebenso wie in der Elektrizitätswirtschaft die Interessen der Verbraucher. Die Kommunalverwaltungen müssen nach den oben erwähnten Erfahrungen daher von vornherein und grundsätzlich auch bei der Gasfernversorgung maßgebend beteiligt werden, und zwar nicht nur bei der Unterabteilung, sondern auch bei der Erzeugung selbst.

Gegenläge zwischen Klein- und Großlandwirtschaft

In der Landwirtschaft gibt es keine Interessengegenläge zwischen Groß- und Kleinbetrieben. Der Große leidet unter dem Steuerdruck, unter der Würde der sozialen Lasten und unter den Preisverhältnissen genau so wie der Kleine. So und ähnlich klingt es aus den Zeitungen der Landhändler und Großagrarier und gewöhnlich schließt der Schwindel mit dem Refrain: „Die Sozialdemokratie will ja nur die Kleinen gegen die Großen aufbegehren und mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln eine Bresche in die Einheitsfront der deutschen Landwirte schlagen.“ Dazu ist zu sagen. Einmal steht fest und wird von allen Sachkennern bestätigt, daß die Großen in der Landwirtschaft überhaupt nicht unter dem Steuerdruck zu leiden sondern es stets verstanden haben, die steuerlichen Lasten von sich abzuwälzen und den munter tragfähigen Schultern aufzubürden. Als eins von vielen Beispielen kann hier die vom Braunschweigischen Landtag unter Führung des Landbundes beschlossene Hauszinssteuer für die Landwirtschaft gelten, die wiederum

nur die Klein- und Mittelbetriebe belastet.

Eine „Einheitsfront“ besteht gar nicht in der Landwirtschaft; immer größere Schichten von Klein- und Mittelbauern verlassen die Fahne des Landbundes. Sie haben jetzt ein, welcher Interessengegenstand zwischen Groß- und Kleinlandwirtschaft liegt, daß der Landbund nur für den Großgrundbesitz, nicht aber für die Kleinbesitzer und Pächter eintritt. Mit Worten tut der Landbund ja, als ob er für die Klein- und Mittelbetriebe eintritt, in Wirklichkeit ist er ein Gegner dieser Schichten.

Wie die „Hilfe“ des Landbundes für den Kleinbesitz aussieht, das zeigt sich in einem Artikel eines v. Köppen (Halle) in der Landwirtsch. in dem darauf hingewiesen wird, daß auch in der Landwirtschaft die Arbeitslosigkeit als Schreckgespenst auftritt, weil die Söhne von Kleinlandwirten, die früher vielfach in der Industrie tätig waren, jetzt arbeitslos zu Hause dem Vater auf der Pajocke liegen. Und dann heißt es wörtlich: „Aus dieser Sachlage ergibt sich für den Landbund die Notwendigkeit, Umstau zu halten, wie diesen Kleinbetrieben geholfen werden kann, möglichst ohne jede Unterstützungen der Regierung, die ja doch nicht in ausreichendem Maße gegeben werden und meist nicht von der richtigen Wirtschaftspolitik begleitet sind.“

Also: der Landbund, der nicht laut genug nach Staatshilfe für die notleidenden Landwirte föhrt, kann, lehnt die Unterstützungen der Regierung für die am schwersten betroffenen Kleinbetriebe ab und verweist sie auf intensivere Geflügelwirtschaft und Steigerung der Eierproduktion. Und warum? Weil die verbilligten Kredite, die sehr wohl für den relativ geringen Bedarf der Kleinbetriebe ausreichen würden, nach dem Wunsch des Landbundes wie bisher

in die Taschen der Großagrarier

fließen sollen und man den Kleinen doch nicht durch Vergabe von Geldern begehrt machen darf! Und diejenigen Leute rühmen sich dann im Jahresbericht des Reichslandbundes, daß es lediglich ihren Bemühungen zu danken war, wenn ein Sonderkredit von 9 Millionen für die Kleinbetriebe bereitgestellt wurde! Wie ist es aber in Wirklichkeit mit diesem Sonderkredit? Er ist nur zu einem ganz geringen Bruchteil den Kleinbetriebern zugute gekommen, weil an die Vergabe des Geldes sehr harte Bedingungen geknüpft wurden und das Verfahren für die Ausleihung dieser Beträge so umständlich war, daß die Inhaber der Kleinbetriebe schon vor der Stellung von Anträgen zurückschreckten oder diese wieder zurückzogen, weil ihnen durch die Verzinsung der nötigen Unterlagen so große Aufwendungen an Zeit und Kosten entstanden, daß sie lieber auf diese Art Staatshilfe verzichteten.

Die Landhändler haben ausfallgebende Nachs in der Rentenbankkreditanstalt, in der Preußenkasse und den anderen maßgebenden Kreditinstituten, sie können dafür sorgen, daß auch die Kleinbetriebe zu normalen und tragbaren Bedingungen Kredite erhalten. So weit geht aber ihre Freundschaft mit den Klein-

Unterbezirktstag in Eilsleben

Die Parteibewegung im Kreise Neuhalbdenleben ist in den letzten Jahren hinter der im benachbarten Kreise Wolmirstedt ein wenig zurückgeblieben. Daß sich mit dieser Feststellung des Sekretärs auf der Unterbezirktkonferenz am Sonntag in Eilsleben mehrere Ausspracheredner lebhaft beschäftigten, beruht schon der heiligen Willen der Genossen und Genossinnen im Kreise Neuhalbdenleben zu wetteifernder Anstrengung. Junge Anteilnahme an allen, hauptsächlich sogar an organisierten Fragen war es, was die Beratungen bis in die sechste Stunde des Tages ausdehnte.

Mit einem Hinweis auf das politische Barometer eröffnete der Unterbezirksvorsitzende, Genosse Herrmann, den Parteitag der Sozialdemokraten im Kreise Neuhalbdenleben. Nachdem zwei vom Eilsleber Arbeiterergänzungsverband vorgelegene Kampflieder verlesen waren, wurde durch Aufruf der Genossen Kapp (Höstenleben), Wessmann (Neuhalbdenleben) und König (Schwanefeld) die Mandatsprüfungskommission gebildet. Sie berichtete im Verlauf der Tagung, daß 25 Ortsgruppen durch 25 Delegierte vertreten und 9 Unterbezirksvorstand-Mitglieder anwesend waren. Auch der Landrat Genosse Hähnsen, war erschienen.

ParteiSekretär Genosse Bernick schildert in seinem Bericht zunächst

die fürchterliche Arbeitslosigkeit,

die große Arbeitslosigkeit auch im Kreise Neuhalbdenleben. Vor den Stilllegungen und Beschäftigungsverlängerungen im Kalberbergbau in der heimischen Industrie und im Kohlenbergbau spricht er. Die Entwicklung im Baugewerbe konnte bis zum Ende des Jahres 1925 noch als günstig angesehen werden, aber jetzt geht es auch hier zurück. Aus den Landarbeitern sollen Saisonarbeiter gemacht werden. Es muß leider damit gerechnet werden, daß auch eine Zuderfabrik oder gar einige Zuderfabriken im Kreise ihre Tore schließen. Ob das Bauprojekt des Mittellandkanals durchgeführt wird, ist wieder zweifelhaft geworden.

Nach dem Aussprechen der Anerkennung, daß der Kreis und die Stadt Neuhalbdenleben zur Minderung der Not das Mögliche getan haben, erläuterte der Redner

die Gemeindepolitik der Partei,

die auf eine neue Grundlage gestellt worden ist. Unbestreitbare sozialpolitische Erfolge haben bewiesen, daß es nützlich ist, dabei zu sein. In Kürze werden zur weiteren Schulung der Genossen wieder Gemeindevorsteher-Konferenzen veranstaltet werden. Das Sekretariat für Kommunalpolitik, das der Bezirk eingerichtet hat, wird vieles zu bewältigen haben. Unsere Funktionäre sollen in den Gemeinden die Berater für jedermann, die „Buchstaben“ der Partei werden. Die sozialdemokratische Fraktion des Kreistags Neuhalbdenleben möge oft zusammenzutreten, um dann zielbewußt und mit aller Kraft ihre Macht zu gebrauchen.

Von den Widersachern unserer Politik

spricht nun der Redner. Da sind die Deutschnationalen, die im Kreis ein Parteisekretariat haben. Die Volksparteier im Kreise sind ihnen zugeneigt. Daß die Schwarzweißeroten in den Kriegervereinen, den bürgerlichen Sports- und Gesangsvereinen und in Frauenvereinen aller Art die Tonangebenden sind, macht sie einflußreich. Es wäre nur zu wünschen, daß die Parteigenossen auch von den Gegnern lernen, wie man's macht. Die Wirtschaftspartei versucht durch Beratungsstellen Wähler zu gewinnen. Die Demofrauen sind nicht untätig. Das Zentrum hat seine katholischer Anhänger fest in der Hand. Gerechtlich ist, daß die Kommunisten auch im Kreise Neuhalbdenleben bedeutungslos sind. Nach Erwähnung des deutchnationalen Landbundes charakterisiert der Redner noch das Bestreben der Kirche, evangelische Arbeitervereine zu gründen, um schließlich das Wirken der befreundeten Organisationen, der Gewerkschaften, der Genossenschaften, des Reichsbanners, der Arbeiterfuturvereine und der Verbände der Kriegsbeschädigten und Arbeitsinvaliden zu würdigen.

Nach kurzen Ausführungen hierüber wendet er sich den

Fragen der Organisation

zu. Wenn es auch seit der Werbemache sichtbar vorwärts gegangen ist, so hat doch die Mitgliederbewegung nicht Schritt gehalten mit der im benachbarten Unterbezirk Wolmirstedt. Erfolgreicher als die Veramlungstätigkeit ist die rührige Kleinarbeit. Leherall müssen Frauengruppen ins Leben gerufen werden. Die Arbeiterwohlfahrt ist zu fördern. Die Arbeiterjugend muß wieder erfasst werden. Daß nicht noch mehr Beamte, Lehrer und Angestellte in unserer Partei sind, ist zum Teil auch unsere eigene Schuld. Die Genossen dürfen nicht leichtfertig von hohen Positionen sprechen und die Vermittlung der Weisheitsgattifikation durch unsere Partei kritisieren. Nicht Herabsetzung der Beamtenbezüge, sondern Sinaustreiben der Rentensätze ist unsere Parole.

Der Redner gibt noch seinem Bedauern Ausdruck, daß die Bildungsarbeit nicht rege genug gewesen ist. Nach einem Rundblick auf die Werbearbeit bei Volksbegehren und Volksentscheid spricht er den Funktionären den Dank der Parteileitung aus und rühmt auch die Erwerbslosen, die ordnungsgemäß ihren Beitrag ent-

richten. Danach streift er die Agrarfrage, zur Agitation auch unter den Kleinbauern auffordernd, um schließlich kurz

die Folgen der Regierungsbildung

zu beleuchten. Wir sind jetzt Oppositionspartei, doch sicher nicht für immer, so daß die Latit unserer Opposition eine zielbewusste sein muß. Der Redner wünscht, daß so bald keine Neuwahlen kommen, da die Regierungszeit des Bürgerblocks unsere Stellung nur noch weiter stärken kann, vor allem aber, damit alle Kräfte für den Aufbau und Ausbau der Parteiorganisation frei bleiben. Die Funktionäre der Partei dürfen auch nicht mit noch hundert Leutern in anderen Organisationen belastet sein. Der Bericht klingt aus in die Mahnung: Auf zur Werbearbeit für Partei und Presse!

Bezirkskassierer Genosse Herwig muß in seinem Bericht über

die Finanzkraft der Parteiorganisation

ebenfalls erwähnen, daß der Unterbezirk Wolmirstedt etwas besser dasteht als der Unterbezirk Neuhalbdenleben, obgleich die Struktur der beiden Kreise die gleiche ist. Besondere Anerkennung zollt er den Leistungen der Frauen. Ein getrennter Wahlvorsitz ist unnötig, denn bei Wahlen müssen alle Mittel flüssig gemacht werden können. Darüber hinaus wird auch künftig ein Appell an die Opferwilligkeit der Parteigenossen nicht im Winde verhallen.

In seinem Bericht über die Presse rühmt Genosse Preuß in begeisterten Worten die

mustergültige Ausstattung der „Volksstimme“.

Danach gibt er ein Bild von dem respektablen Umfang unserer Parteibetriebs. Unmittelbar diesem Bericht folgt die Aussprache, an der sich die Genossen Reddigau (Nein-Santerleben), Jung (Hundisburg), Ludwig (Obenstedt), Weile (Wefensleben), Schwertfeger (Garble) und nach einhelliger Mittagspause die Genossen Wienbed (Weendorf), Namann (Eilsleben), Müller (Wefensleben) und Käp (Eilsleben) beteiligen. Auch der Landrat Genosse Hähnsen und Genosse Eberlein als Vertreter der Arbeiterjugend und der Buchhandlung Volksstimme hatten gesprochen. Es wurde als sehr schmerzhaft bezeichnet, daß der Unterbezirk Neuhalbdenleben nur zwei Delegierte zum Bezirkstag entsenden darf, während der Unterbezirk Wolmirstedt als der stärkere deren drei wählen konnte. Besonders Interesse fanden die Fragen Partei und Kirche, Frauen- und Jugendbewegung, Kleinbauernagitation, neues Anknüpfungsgesetz, Funktionärschulung, Landwehrorganisation. Hervorgehoben sei, daß die Eilsleber Genossen eine Beratungsstelle für jedermann aus eigener Kraft geschaffen haben. Landrat Genosse Hähnsen beschäftigte sich u. a. mit dem Steinbruch des Kreises und dem Bahnbau.

Nach kurzen Schlussworten der Genossen Bernick und Preuß wird zur Erledigung der

Wahlen und Anträge

geschritten. Hierzu sprechen die Genossen Preuß (Neuhalbdenleben), Schwertfeger (Garble), Wienbed (Weendorf), Reddigau (Nein-Santerleben), Herrmann (Neuhalbdenleben), Jung (Hundisburg), Käp (Eilsleben), Matthias (Mithalbenleben) und Genossin Lendede (Neuhalbdenleben). Als Delegierte zum Bezirkstag sind gewählt der Genosse Kiechel (Wölpe) und die Genossin Lendede, als Delegierte zum Bezirkstagsfrauenrat die Genossinnen Lendede (Neuhalbdenleben), Penber (Ammendorf) und Wiehe (Garble). In der Bezirkskommunal-Konferenz werden teilnehmen die Genossen Hähnsen, Jung, Herrmann, Matthias und Heinrich. Als Delegierter zum Reichsparteitag wird der Parteisekretär Genosse Bernick vorgeschlagen.

In den neuen Unterbezirksvorstand wurden gewählt die Genossen Matthias (Mithalbenleben), Käp (Eilsleben), Reddigau (Nein-Santerleben), König (Schwanefeld), Kausch (Wölpe), Kapp (Höstenleben), Genossin Lendede (Neuhalbdenleben) und Genosse Ludwig (Obenstedt), der Kreisleiter des Landarbeiterverbandes. Die Ortsgruppe Neuhalbdenleben wird ihren Vertreter, der auch Mitglied der Pressekommission sein soll, noch benennen. — Die Anträge, die ausnahmslos Organisationsfragen betreffen, werden fast alle den zuständigen Körperchaften überwiesen. So wird zum Beispiel die Kreisstagsfraktion mit dem Antrag Eilsleben zu beschäftigen haben, daß alle amtlichen Nachrichten des Kreises auch in der „Volksstimme“ erscheinen sollen, der Unterbezirksvorstand mit dem Antrag Hundisburg, daß bei der nächsten Reichstags- bzw. Landtagswahl für die Kreise Wolmirstedt-Neuhalbdenleben ein in der Agrarfrage bewandertes Genosse an ausführender Stelle auf die Liste gesetzt werden soll, und mit dem Antrag Höstenleben, für den Sekretärsbetrieb einen Lichtbildapparat zu beschaffen. Beantwortet soll der Antrag werden, daß die „Volksstimme“ im Kal- und Kohlenrevier noch am Ausgabetag aufgestellt wird. Beschlossen wurde, daß der nächste Unterbezirktstag in Wölpe stattfindet. — Nach 5 Uhr fand die Konferenz mit einem Hoch auf die Partei ihr Ende.

bauern nicht. Die Großen wollen das Fett abschöpfen, sie haben nur ein Interesse daran, daß der Landbund ihnen hilft. Dieser Gegenstand in der Landwirtschaft zwischen Groß- und Kleinbesitz vertieft sich immer mehr durch die rücksichtslose Interessenpolitik des Landbundes ausschließlich für die Großagrarier. Der kleine Landwirt hat nur Schaden aber keinen Vorteil vom Großgrundbesitzer. Das beginnt er jetzt einzusehen. Er tritt, wenn auch erst nur zögernd, auf die proletarische Seite und kämpft den Klassenkampf gegen die Großkapitalisten in der Landwirtschaft. —

Kreis Neuhalbdenleben

Der Lohn- und Tariffkampf in der Keramikindustrie.

Der Tarifvertrag für die Keramikindustrie sowie das Arbeitszeit- und das Lohnabkommen waren zum 31. Dezember 1926 gekündigt. Im beiderseitigen Einverständnis wurde der Ablauf dieser Verträge bis zum 15. Februar hinausgeschoben. Der Keramikische Bund überreichte seine Forderungen für den Mantel-tarifvertrag und verlangte besonders Verbesserungen in bezug auf Gehaltsbereich, Tariffestgen, Einstellung und Entlassung, Arbeitszeit, Ueberzeit und Sonntagsarbeit, Arbeitslohn, Lohnzahlung, Defektabzüge, Urlaub, Schlichtung und Entscheidung von Arbeitsstreitigkeiten sowie Regelung der Lohnverhältnisse. Zum Lohnabkommen wurde eine Erhöhung des Mindestlohnsatzes gefordert, ferner Festsetzung der Mindest- und Zeittöhne der Frauen auf 75 Prozent der tariflichen Männerlöhne, daneben eine Erhöhung der tariflichen Lohnsätze, und damit verbunden eine Aufbesserung der Stückpreise sowie der zurzeit gezahlten Effektivdienstleistungen (Verdienste einschließlich aller Zuschläge) um mindestens 20 Prozent und schließlich eine Erhöhung der Zehr-gelder und Futterkosten für die Kutscher.

Das Arbeitszeitabkommen sollte Bestimmungen enthalten, wonach

Ueberstunden abgeleht werden müssen,

wenn in der betreffenden Abteilung Kurzarbeit besteht, wenn Erwerbslose eingestellt werden können oder wenn dadurch Arbeitskräfte überschüssig werden und zur Entlassung kommen. Die bisher bestehende Bestimmung, daß nach Anhörung des Betriebsrats 6 Ueberstunden in der Woche angeordnet werden

können, soll auf 3 Stunden pro Woche für die Gesamtbauer von 8 Wochen innerhalb eines Jahres herabgesetzt werden. Darüber hinaus sollen Ueberstunden nur mit Zustimmung der betrieblichen Arbeitervertretung bis zu höchstens 10 Stunden täglich zugelassen werden. Sämtliche Ueberstunden sollen mit 25 Prozent Aufschlag zum Lohne gezahlt werden. Bei einer gesetzlichen Neuregelung soll die tarifliche Regelung mit Inkrafttreten des Gesetzes ablaufen.

Diesen vernünftigen, aus den Zeitverhältnissen sich ergebenden Forderungen stellen die Arbeitgeber vollständig und unlösliche Forderungen gegenüber. Sie verlangen zunächst in bezug auf die Arbeitszeit Beibehaltung des jetzigen Arbeitszeitabkommens, d. h. es soll die Möglichkeit der uneingeschränkten Dauer des Zehnstundentags gegeben werden. Dabei wird von den Arbeitgebern aber noch verlangt, daß die 9. Stunde pro Tag ohne jeden Zuschlag auf den Stundenlohn geleistet werden soll. Zum Lohnabkommen schlagen die Arbeitgeber eine Herabsetzung der Tariflöhne und Effektivlöhne von 5 Prozent vor, und verlangen ein solches Lohnabkommen auf 1 Jahr abzuschließen.

Die vom Arbeitgeber vorgelegenen Forderungen zum Manteltarifvertrag stellen eine untragbare Verschlechterung dar. Der Urlaub, welcher bisher nach 1jähriger Betriebszugehörigkeit mit 3 Tagen gewährt wurde, soll nur nach 2jähriger Betriebszugehörigkeit, und dann nur mit 2 Tagen gewährt werden. Eine Steigerung der Urlaubsdauer soll von 5 zu 8 Jahren um je einen Tag bis zur Höchstbauer von nur 5 Urlaubstagen eintreten.

Mit Krasser Rücksichtslosigkeit

fordern die Arbeitgeber darüber hinaus noch, daß allen Arbeiterinnen und Arbeitern, die das 20. Lebensjahr noch nicht erreicht haben, ein Urlaub überhaupt nicht zu gewähren ist. In bezug auf die Ueberstunden verlangen die Arbeitgeber eine Staffelung nach dem Alter der Arbeiterinnen und Arbeiter, was zur Folge haben würde, daß nur noch junge, unter 24 Jahre alte Kolleginnen und Kollegen vorwiegend Arbeit finden würden, moegen alle diejenigen Kolleginnen und Kollegen, welche über 34 Jahre alt sind, also im besten Lebensalter stehen, nur dann auf eine Arbeitsstelle rechnen können, wenn keine jüngeren Arbeitskräfte mehr vorhanden sind.

Mit diesen gegenseitigen Forderungen begannen die Verhandlungen. Die Vertreter der Gewerkschaften begründeten ihre Forderungen mit umfangreichem Material und mit sachlichen Darlegungen. Die Arbeitgeber dagegen machten es sich sehr leicht. Zu der Begründung ihrer Forderungen gaben sie nur ihre faden-scheinigen Erklärungen, die schon jahrelang immer wieder bei solchen Verhandlungen vorgebracht worden sind. Die Folge war, daß in freier Verhandlung ein Resultat nicht erzielt wurde. In der Verhandlung vor der Schlichterkammer ging der Kampf von neuem los, der wiederholt so scharfe Formen annahm, daß ein Ausschließen der Kammer drohte. Als die Kammer bei der Beratung des Urteils angelangt war, ergaben sich solche Unzuträglichkeiten, daß die Arbeitnehmerbeisitzer unter Zustimmung ihrer Verhandlungskommission aus der Schlichterkammer ausschrieben. Nun trat das Ungehörte ein, die Schlichterkammer setzte ohne Anwesenheit der Arbeitnehmerbeisitzer

die Beratung über den Manifestarbeitsvertrag fort und hat auch den Manifestarbeitsvertrag bereits als Schiedsspruch beschlossen, wobei auch die Klärungsregelungen entgegen den wiederholt zum Ausdruck gebrachten Gegengründen unserer Verhandlungsbeisitzer in einer unannehmbaren Form geregelt wurde. Ueber das Arbeitszeit- und das Lohnabkommen ist dann nicht mehr verhandelt worden.

Nicht liegen die Verhältnisse so, daß ein gültiger Tarifvertrag für die Keramikindustrie nicht besteht, da der Schiedsspruch zunächst nur als Vertragsvorschlag gilt, dessen Verbindlichkeitserklärung aber wahrscheinlich von den Arbeitgebern beantragt werden wird. In dieser Situation nahm eine Funktionärskonferenz des Keramikbundes für Alt- und Neuhaldensleben am Sonntag Stellung, in der der Vertreter bei den Verhandlungen, Kollege Jander, Bericht erstattete. Nach eingehender, stundenlangender Beratung hat die Funktionärskonferenz Beschlüsse gefaßt, welche den Kolleginnen und Kollegen in Zahlstellenversammlungen zur Annahme empfohlen werden sollen. Die Zahlstellenversammlung in Neuhaldensleben hat am Montag getagt, die Zahlstellenversammlung in Althaldensleben findet heute (Dienstag) abends 8 Uhr beim Gastwirt Schulte statt.

Kolleginnen und Kollegen aus der Keramikindustrie, es geht ums Ganze. Stellt euch hinter die Forderungen eurer Verhandlungsvorteiler. Alle müssen gewillt sein, unter Umständen mit den größten Opfern ihr Recht in diesem Arbeitskampf zu fordern und den unerbittlichen Ansprüchen des Unternehmertums Einhalt gebieten. Vor allen Dingen verweigert die Leistung von Arbeit und Heber zu tun, soweit als irgend möglich, da sie tariflich nicht mehr verlangt werden können, und beachtet die Anweisungen eurer Gewerkschaft. —

Althaldensleben

Landwirtschaftliche Unfallversicherung. Das Verzeichnis der Besitzer der landwirtschaftlichen Betriebe liegt bis einschließig 28. Februar im Gemeindefiskalrat während der Dienststunden zur Einsicht aus. Gegen die Beitragsberechnung ist Einspruch bei dem Sekretärsbüro, dem Kreisamt, in Neuhaldensleben, und zwar binnen zwei Wochen nach Ablauf der Auslegungsfrist anzubringen. Durch den Einspruch wird jedoch die Verpflichtung zur vorläufigen Zahlung des ausgesetzten Beitrags nicht berührt, auch ist der Einspruch gegen die Festsetzung des Grundsteuerbeitrags nicht mehr möglich. —

Wohlfahrtskassen des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten. Die Kasse sind eingetroffen und sind bei den Funktionären und beim Parteigenossen Matthes zu haben. —

Seyden

Eine Bezirkskonferenz der Landarbeiter fand hier am Sonntag den 20. Februar statt. Kollege Dohberiau hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage der Landarbeiter. Daß uns das Jahr 1926 nicht das gebracht hat, was es uns bringen sollte, ist in erster Linie Schuld der vielen Tagelöhner. Wenn ein jeder seinen Rechen einnimmt, wo er hingehört, dann würden die Lohnverhältnisse in der Landwirtschaft auch bessere sein. Nach den Preisen, die sie für Agrarprodukte bezahlt werden, sind die Landwirte in der Lage, höhere Löhne zu bezahlen. Sie stehen aber auf dem Standpunkt, sie brauchen es nicht, denn durch den schließlichen Zusammenschluß der Landarbeiter in der Gewerkschaft kann sie ja doch keiner dazu zwingen. In der Ansprache haben die Kollegen das gutgeheißen, was der Kollege Dohberiau vorgebracht hat. —

Söstenleben

Die Parteiverammlung bezog sich auf den am Sonntag abends 8 Uhr im Lokal von Seimann, Knopfs Hotel, stattfindenden Lichtbilder-Vortrag, in dem die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vorgeführt wird. Alle Genossen, Gewerkschaftler, Frauen und Reichsbannerangehörige müssen an diesem Abend teilnehmen. —

Kreis Wolmirstedt

Wichtige Sitzung. Die Sitzung der Parteifunktionäre am Mittwoch stiftet aus. Dafür kommen sämtliche Kreisleiter und Gruppenleiter des Reichsbanners abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus zu einer wichtigen Besprechung zusammen. —

Schnarsleben

Ein Festabend des Reichsbanners findet am Mittwoch den 23. Februar statt. Alle Reichsbanner-Kameraden müssen an diesem Abend teilnehmen. Sämtliche republikanisch gesinnten Männer und Frauen sind eingeladen. Abends 8 Uhr im Saal des Wirtshaus. —

Singen

Die Rekrutierungsbereitschaft des Reichsbanners, verbunden mit Musikabend, war bei den Einwohnern gut befragt. Der Kommandant der Arbeiterwohlfahrt leitete den Musikabend ab. Die Frauengruppe trägt dafür dem Reichsbanner ihren Dank aus. —

Groß-Himmelsleben

Ein Festabend des Reichsbanners findet als Ersatz zur Versammlung am Donnerstag abends 8 Uhr statt. Sämtliche Reichsbannerangehörige und Republikaner mit Frauen und Kindern herzlich eingeladen. Abends 8 Uhr im Saal des Wirtshaus. —

Der Lichtbildvortrag des Reichsbanners war sehr gut besucht. Im Vordergrund stand die Rolle der Partei im Kampf um den Reichsbanner, was Kamerad Pape (Magdeburg) einen interessanten Vortragsvortrag über die Organe des Reichsbanners hielt. Der Vortrag wurde von Kamerad Pape mit Reichsbanner und Reichsbannerangehörigen sehr gut aufgenommen. Die Reichsbannerkapelle unterhielt die Anwesenden aufs Beste. —

Kreis Wanzleben

Schülerjugend. Am Freitag den 19. Februar fand ein Vortrag im Saal des Wirtshaus über die Geschichte der Partei. Der Vortrag wurde von Kamerad Pape (Magdeburg) gehalten. Die Schülerjugend war sehr zahlreich erschienen. Der Vortrag wurde sehr gut aufgenommen. Die Reichsbannerkapelle unterhielt die Anwesenden aufs Beste. —

Groß-Dittersleben

Die Parteiverammlung bezog sich auf den am Sonntag abends 8 Uhr im Saal des Wirtshaus stattfindenden Lichtbilder-Vortrag, in dem die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vorgeführt wird. Alle Genossen, Gewerkschaftler, Frauen und Reichsbannerangehörige müssen an diesem Abend teilnehmen. —

Schöndorferleben

Die Parteiverammlung bezog sich auf den am Sonntag abends 8 Uhr im Saal des Wirtshaus stattfindenden Lichtbilder-Vortrag, in dem die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie vorgeführt wird. Alle Genossen, Gewerkschaftler, Frauen und Reichsbannerangehörige müssen an diesem Abend teilnehmen. —

Organisation ernst nehmen. Ein Unorganisierter ist sogar Vorkämpfer eines Arbeiterpartei. Bei den Fabrik- und Landarbeitern sieht es in gewerkschaftlicher Beziehung auch nicht gut aus. Meistens sind es die jüngeren Kollegen, die den Wert der Organisation nicht erkennen. Nur die freien Gewerkschaften vertreten wirksam die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterschaft. Proletariat, aufgewacht, stärkt die freien Gewerkschaften! —

Egersleben

In der Parteiverammlung nahmen die Genossen Kenntnis von dem Rundschreiben des Bezirksausschusses für Kommunalpolitik über die Landbürgermeistereien. Die Versammlung erklärte sich einmütig für die Vorschläge. Dann folgte die Vorbesprechung über das Reiseprogramm: Gemeinsamer Morgenprogramm mit den Frauen nach dem Egelnischen See, zusammen mit dem Parteiverein Egeln; abends im hiesigen Parteilokal Nachfeier mit Theater und Ball. Dazu soll mit den hiesigen Arbeitervereinen Fühlung genommen werden. Die Frauengruppe der Partei wird wieder ins Leben gerufen werden. Eine Liste zur Eintragung wird in den nächsten Tagen in Umlauf gesetzt. Es müssen sich wenigstens alle Frauen der Parteigenossen eintragen. —

Stadtkreis Burg

Vom Wohlfahrtsamt.

Aus dem Verwaltungsbericht des Wohlfahrtsamtes ist folgendes zu entnehmen: Das laufende Geschäftsjahr stand im Zeichen zunehmender Arbeitslosigkeit, hervorgerufen durch die Stilllegung vieler Betriebe. Das Ausschneiden aus dem Kreise wirkte sich im Laufe des Jahres immer mehr aus und ist auf den Geschäftsjahr nicht ohne Einfluß geblieben. Besonders auffallend war die große Zahl der Wanderer, welche die Hilfe des Wohlfahrtsamtes nachsuchten. All diese Umstände trugen dazu bei, daß die vorhandenen Mittel in vielen Fällen zur Deckung der Anwendungen nicht ausreichten und Nachbewilligungen bei den einzelnen Titeln erforderlich waren.

Der Stadtkreis ist nach wie vor in elf Wohlfahrtsbezirke eingeteilt. Jeder Bezirk wird von einem Bezirksvorsteher verwaltet. Die Zahl der Hilfesuchenden nahm gegen Ende 1925, namentlich durch die ausgefallenen Erwerbslosen, dauernd zu. Dar es bisher den Bezirksvorstehern überlassen, den Hilfsbedürftigen zunächst bis zur nächsten Sitzung des Fürsorgeamtes durch Gewährung außerordentlicher Unterstützungen über die augenblickliche Notlage hinwegzuhelfen, so ließ sich dieses System bei der großen Anzahl der Hilfesuchenden nicht weiter aufrecht erhalten. Die Höhe der zu gewährenden außerordentlichen Unterstützungen war in das Belieben der Bezirksvorsteher gestellt. Da die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bedürftigen erst geprüft werden sollten, schwannte je nach der Einstellung der Bezirksvorsteher die Höhe der erstmalig gewährten Unterstützungen. Die sehr verschiedene Behandlung der Bedürftigen führte oft zu Auseinandersetzungen zwischen den Unterstützungsempfängern und den Bezirksvorstehern. Es wurde daher beschlossen, vom 1. April 1926 ab alle Zahlungen durch die Stadtkasse zu leisten. Außerordentliche Unterstützungen werden fortan auf Grund von Anträgen, laufende Unterstützungen auf Grund von Zahlkarten gezahlt. Die Bezirksvorsteher erhalten daher seit dem 1. April kein Geld mehr zur Auszahlung an die Bedürftigen. Dieses System hat sich, soweit es sich bisher beurteilen läßt, durchaus bewährt.

Eine grundlegende Änderung in bezug auf die Festsetzung der Höhe der zu gewährenden Unterstützungen ist durch die Einstellung der §§ 33a ff. vom 7. September 1925 in die Reichsgrundgesetze vom 12. Dezember 1924 zur Verordnung über die Fürsorgepflicht vom 12. Februar 1924 herbeigeführt. Dieser § 33a ordnet die Aufstellung von Richtsätzen nach einheitlichen Gesichtspunkten für alle Bedürftigen an. Solche Richtsätze sind nach mehreren Konferenzen der maßgebenden Leiter der Wohlfahrtsämter einheitlich für größere Bezirke innerhalb der Provinz Sachsen festgesetzt worden. Die hiesigen Körperchaften haben einer entsprechenden Vorlage des Fürsorgeamtes zugestimmt. Nach diesem Beschluß gelten für Burg die folgenden Richtsätze: 1. Die aufzustellenden Richtsätze sollen gemäß § 6 der Reichsgrundgesetze dem Bedarf an Unterkunft, einschließlich Heizung und Belüftung, Nahrung, Kleidung und Pflege (sachliche kleine Bedürfnisse) umfassen. 2. Der Richtsatz soll sich auf dem Mindestbedürfnis aufbauen. 3. Für Arbeitslose und Unwirtschaftliche gelten die Richtsätze nicht. 4. Der der Hilfsbedürftigen freie Unterkunft, so können dafür erforderlichensfalls 10 Prozent abgezogen werden (für Ernährung 30, für Kleidung 30 Prozent). 5. Ein Unterschied zwischen Mann und Frau soll bei Aufstellung der Richtsätze nicht gemacht werden. 6. Richtsatz für Einzelpersonen Ortsklasse B 26 Mark monatlich. 7. Zuschlag für hilfsbedürftige Erwachsene im gemeinsamen Haushalt, insbesondere Ehegatten (30 Prozent), Ortsklasse B 15 Mark monatlich. 10. Das Gesamteinkommen einer unterstützten Familie soll in der Regel 90 Prozent des ursprünglichen Zuzugens eines ungelerten Arbeiters nicht übersteigen. 11. Für Sozial- und Kleinrentner werden jedoch nur die Richtsätze um ein Viertel erhöht (also zum Beispiel zu 6: Richtsatz und Zuschlag zusammen in Ortsklasse B = 32,50 Mark monatlich). 12. Einkünfte aus dem Aufwertungsgezet werden auf den Richtsatz angerechnet, soweit sie den Betrag von 22,50 Mark monatlich übersteigen; sie werden jedoch voll auf den Rentenzuschlag angerechnet. 13. Wochenfürsorge soll eintreten, wenn das Einkommen die letzten 3 Monate vor der Geburt den Betrag von 351 Mark in Ortsklasse B nicht übersteigt. Diese Zahlen stellen den dreifachen Betrag des Unterhaltungsbedarfes für Mann und Frau da (die Ziffern 6 und 7).

Durch Einführung dieser Richtsätze wurde noch eine Verhärtung verschiedener Titel des Haushaltes erforderlich. Die vom Wohlfahrtsamt angeforderten Beträge von 88 740 Mark wurden durch Beschluß der städtischen Körperchaften vom 15. Dezember und 21. Dezember 1925 bewilligt. Diesen Richtsätzen werden auch zunächst die ausgefallenen Erwerbslosen unterworfen. Durch Beschluß der städtischen Körperchaften vom 24. März 1926 sind, so berührt das Wohlfahrtsamt weiter, den ausgefallenen Erwerbslosen mit Wirkung vom 1. April 1926 die bisherigen Erwerbslosen-Unterstützungssätze bis zu 90 Prozent angehoben worden. Hierzu müssen wir bemerken, daß von den städtischen Körperchaften nicht 90, sondern 100 Prozent genehmigt worden sind. Dem Wohlfahrtsamt muß hier ein Fehler unterlaufen sein. Nach dem Haushaltsplan für das Jahr 1925 beträgt die Sollausgabe 315 000 Mark. Es sind ausgegeben 495 789,54 Mark abzüglich 129 578,70 Mark Zuschüssen (das nur durch die Rechnung gehen) 385 910,84 Mark; mithin noch 71 089,16 Mark.

Schulbesucherversammlung. Am Donnerstag den 21. Februar, abends 8 Uhr, findet im geheizten Saal der „Zentralhalle“ eine Schulbesucherversammlung statt. Kollegen und Kolleginnen, in nächster Zeit sind die Wähler der Betriebsvereinigungen vorzunehmen. Große Aufgaben stehen den Betriebsleitern bevor. Im Schlußgange für die Mitglieder und die Arbeiterbewegung zu verweisen, ist es Pflicht der ganzen Parteifunktionäre, auf die ordnungsmäßige Durchführung der Wahlen zu achten. Die notwendigen Anweisungen werden in der Versammlung gegeben. Kein Mitglied darf fehlen! —

Kernbesetzung und Schlichterermittlung. Die größte Sorge aller Eltern ist die um das Schicksal ihrer Söhne und Töchter. Alle Eltern arbeiten an ihrer Erziehung und Vermittlung. Deshalb muß auch jeder Vater und Mutter sich bemühen, den Kindern zu vermitteln, welche Anforderungen und Ansichten die einzelnen Väter bieten und ob es bei anderen in Aussicht genommen der Gesundheit seines Sohnes oder Mädchens nicht abträglich ist. Das Beratungsbüro, das dem Arbeitsamt Burg, Berliner Straße 42, angegliedert ist, ist die Stelle, die den Eltern des jugendlichen in das Berufsleben führen und erleichtern will. Engste Zusammenarbeit mit Schule und Arzt. Arbeit von hervorragenden Fachleuten sowie Beobachtung des Arbeitsmarktes durch das Arbeitsamt geben dem Berufsamt das Material zur einwandfreien Beratung. Die mit der Berufsberatung verbundene Beihilfenvermittlung steht den Eltern und Bewerberinnen ebenfalls kostenlos zur Verfügung. Die Dienstzeit ist von 8 bis 11 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags. Wir bitten jedoch, beim Auffuchen der Beratungsstelle möglichst die Nachmittagsstunden zu vermeiden. —

tern will. Engste Zusammenarbeit mit Schule und Arzt. Arbeit von hervorragenden Fachleuten sowie Beobachtung des Arbeitsmarktes durch das Arbeitsamt geben dem Berufsamt das Material zur einwandfreien Beratung. Die mit der Berufsberatung verbundene Beihilfenvermittlung steht den Eltern und Bewerberinnen ebenfalls kostenlos zur Verfügung. Die Dienstzeit ist von 8 bis 11 Uhr vormittags und 3 bis 6 Uhr nachmittags. Wir bitten jedoch, beim Auffuchen der Beratungsstelle möglichst die Nachmittagsstunden zu vermeiden. —

Kreis Jerichow 1

Eine Pestalozzi-Feier veranstaltete die Volksschule am Sonntag abend. In Reim und Gesang wurde des vorbildlichen Erziehers der Kinder, des Freundes der Armen gedacht. Einige gute Aufzeichnungen der Kinder stellten sinnbildlich das Streben dieses Mannes nach sittlicher Bewertung der Menschen dar. Dann wurde Pestalozzi als Schulreformer und Begründer der weltlichen Schule gefeiert. Nicht mehr der unterwürfige Meistertoll in der Schule herrschen, sondern Frohsinn die Schule warm durchströmen und Freundschaft Kinder und Lehrer eng verbinden. Wenn dann auch die Elternschaft, vertreten durch den Elternbeirat, fördern auf das Schulwesen einwirkt und erzieherisch mit den Lehrern Hand in Hand arbeitet, dann werden die Gedanken eines Pestalozzi verwirklicht sein. Ein eindrucksvoller Sprechchor der Kinder schloß die stimmungsvolle Feier ab. Aus dem Dargebotenen erkannten die Anwesenden die Mühe und das ehrliche Bestreben der Kinder und auch der Lehrerschaft, in würdiger Weise die Feier auszugestalten. Es ist zu bedauern, daß diese schöne Veranstaltung nicht besser besucht war. —

Wiederitzsch

Die langsame Besserung des Arbeitsmarktes hielt auch im Laufe der zweiten Woche an, so daß ein weiteres Fallen der Erwerbslosenziffer zu verzeichnen ist. Einstellungen fanden in den Steinbruchbetrieben statt; besonders wurden geübte Pfastermacher, Betonschläger und Steinschläger benötigt. Im Baugewerbe sind Einstellungen aber auch Entlassungen zu verzeichnen. Allgemein blieb die leichte Belegung der Bautätigkeit bestehen. Auch die Förderung der Erbauung von Werkwohnungen sowie Eigenheimen für Landarbeiter in der Landwirtschaft aus Mitteln der produktiven Landwirtschaft trägt wesentlich zur Besserung der Bautätigkeit bei. Bei den Notstandsarbeiten in Hof- und Gartenbau wurden mehrere erwerbslose Arbeitskräfte eingestellt. Es wird durch den Arbeitsmarkt versucht, in Gommern und anderen Ortschaften des Bezirks weitere Notstandsarbeiten nach Tariflohn einzurichten. Weitere Einstellungen fanden auch noch bei dem Steinsetzmeister Schmidt in Hofen, auf der Chauffee Zerbst-Lindau, zum Steinschöterer Schlegel statt. Für die Steinbrucharbeiten im Rheinland und Westfalen haben sich auch Arbeitskräfte bereit erklärt, die Beschäftigung dort aufzunehmen. Vereinzelt sind Einstellungen in der Schuhindustrie zu verzeichnen. Vorübergehend wurden in den forstwirtschaftlichen Betrieben Arbeitskräfte zum Holzschlägen eingestellt. In der Metallindustrie und im Kaufmannsgewerbe ist eine Verringerung zur Besserung nicht eingetreten. Die Landwirtschaft hatte weiter vermehrten Bedarf an geeigneten Arbeitskräften. Besonders wurden Deputatfamilien, ledige Gefährten und junge Mädchen benötigt, welche auch laufend vermittelt wurden. Für weibliche Arbeitskräfte ist eine wesentliche Verringerung nicht eingetreten. Auswärtige Schulfabriken forderten Zwiderinnen und Stepperrinnen an. Die Vermittlung von Hausmädchen im Privathaushalt war günstig. Es wurden auch Stützen, Köchinnen und Wirtschaftserinnen benötigt. In der Landwirtschaft macht sich der Mangel an Dienstmädchen bemerkbar; wenn auch Vermittlungen zu verzeichnen waren, so blieben doch noch Stellen unbesetzt. Mehrere offene Lehrstellen im Badergewerbe, Kaufmannsgewerbe und Gärtnereien sind noch vorhanden. Erwerbslos waren am 16. Februar 286 Personen, und zwar 239 männliche und 47 weibliche. Erwerbslosenunterstützung bezogen 213 Personen, und zwar 186 männliche und 27 weibliche. Aus der Krisenfürsorge wurde eine männliche Person unterstützt. —

Gommern

Die langsame Besserung des Arbeitsmarktes hielt auch im Laufe der zweiten Woche an, so daß ein weiteres Fallen der Erwerbslosenziffer zu verzeichnen ist. Einstellungen fanden in den Steinbruchbetrieben statt; besonders wurden geübte Pfastermacher, Betonschläger und Steinschläger benötigt. Im Baugewerbe sind Einstellungen aber auch Entlassungen zu verzeichnen. Allgemein blieb die leichte Belegung der Bautätigkeit bestehen. Auch die Förderung der Erbauung von Werkwohnungen sowie Eigenheimen für Landarbeiter in der Landwirtschaft aus Mitteln der produktiven Landwirtschaft trägt wesentlich zur Besserung der Bautätigkeit bei. Bei den Notstandsarbeiten in Hof- und Gartenbau wurden mehrere erwerbslose Arbeitskräfte eingestellt. Es wird durch den Arbeitsmarkt versucht, in Gommern und anderen Ortschaften des Bezirks weitere Notstandsarbeiten nach Tariflohn einzurichten. Weitere Einstellungen fanden auch noch bei dem Steinsetzmeister Schmidt in Hofen, auf der Chauffee Zerbst-Lindau, zum Steinschöterer Schlegel statt. Für die Steinbrucharbeiten im Rheinland und Westfalen haben sich auch Arbeitskräfte bereit erklärt, die Beschäftigung dort aufzunehmen. Vereinzelt sind Einstellungen in der Schuhindustrie zu verzeichnen. Vorübergehend wurden in den forstwirtschaftlichen Betrieben Arbeitskräfte zum Holzschlägen eingestellt. In der Metallindustrie und im Kaufmannsgewerbe ist eine Verringerung zur Besserung nicht eingetreten. Die Landwirtschaft hatte weiter vermehrten Bedarf an geeigneten Arbeitskräften. Besonders wurden Deputatfamilien, ledige Gefährten und junge Mädchen benötigt, welche auch laufend vermittelt wurden. Für weibliche Arbeitskräfte ist eine wesentliche Verringerung nicht eingetreten. Auswärtige Schulfabriken forderten Zwiderinnen und Stepperrinnen an. Die Vermittlung von Hausmädchen im Privathaushalt war günstig. Es wurden auch Stützen, Köchinnen und Wirtschaftserinnen benötigt. In der Landwirtschaft macht sich der Mangel an Dienstmädchen bemerkbar; wenn auch Vermittlungen zu verzeichnen waren, so blieben doch noch Stellen unbesetzt. Mehrere offene Lehrstellen im Badergewerbe, Kaufmannsgewerbe und Gärtnerereien sind noch vorhanden. Erwerbslos waren am 16. Februar 286 Personen, und zwar 239 männliche und 47 weibliche. Erwerbslosenunterstützung bezogen 213 Personen, und zwar 186 männliche und 27 weibliche. Aus der Krisenfürsorge wurde eine männliche Person unterstützt. —

Kreis Jerichow 2

Fabrikarbeiterverband. Die Generalversammlung der Fabrikarbeiter findet am Donnerstag abends 7 1/2 Uhr beim Gastwirt H. Thiele (Wilhelmplatz) statt. Umfangreiche und wichtige Tagesordnung. Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist dringend erforderlich. —

Genfien

Die Neuwahl der Stadtverordneten-Versammlung findet am Sonntag den 27. März statt. Die Wählerlisten liegen fast 14 Tage zur Einsicht im Rathaus, Zimmer Nr. 5, während der Dienststunden von 8 bis 12 1/2 und von 2 bis 6 Uhr aus. Die Einreichung der Wahlvorschläge hat bis zum 10. März an den Bürgermeisteritzzufinden. —

Die Parteiverammlung, die sich mit der Aufstellung des Wahlvorschlags zur Stadtverordneten-Versammlung beschäftigt, hat statt bejodet. Ein Zeichen, daß die Parteigenossen ein großes Interesse an den Wahlen haben. Nachdem die Tätigkeit unserer jetzigen Stadtverordneten einer sachlichen Kritik unterzogen war, wurde die Aufstellung der Kandidaten vorgenommen. Als Spitzenkandidat wurde der Angestellte des Fabrikarbeiterverbandes, Genosse Fritz Theun aufgestellt. Dann folgen die Genossen Kettig sen., W. Schulte, Ernst Scharnowski usw. Der Wahlvorschlag ist fertig, jetzt gilt es nun aufzuführen und zu werben, damit unser Vorschlag den Kampf mit den drei bürgerlichen und dem kommunistischen Wahlvorschlag ehrenvoll besticht. Da zum Kämpfen auch Geld gehört, sind vom Vorstand Sammelkassen in Umlauf gesetzt worden. Die Genossen werden gebeten, jeder nach seinen Kräften an der Aufbringung der notwendigen Mittel mitzuhelfen. —

Kreis Calbe

Reichsbanner. Das dritte Gründungsfeiertag am Sonntag wird noch lange in der Erinnerung seiner Teilnehmer bleiben. Der in den Reichsfarben geschmückte Saal des „Mantelstrasses“ war bis auf den letzten Platz besetzt. Kamerad Rarst d. t. hielt die Festrede, die einen Rückblick auf die Arbeit unserer Organisation gewährte und einen Ausblick auf ihre Zukunft tat. Unser Reichsbanner wird solange bestehen, wie unsere Republik besteht, denn es gilt, dieselbe nicht nur zu beschützen, sondern auch zu entwickeln. Das Theaterstück „Die Republik auf dem Dorfe“ fand großen Beifall. Es wurde nicht nur mit Lust, sondern auch mit Kunst gespielt. Durch seine Schilderungen der Verhältnisse in „Güterhütten“ setzte das Stück unaufhörlich die Nachbarn der Zuhörer in Bewegung. Möge das neue Arbeitsjahr unserer Ortsgruppe weiteres inneres und äußeres Wachstum bedeuten! Wir freuen uns in Barbü der Tatsache, daß jeder Reichsbannerkamerad auch eingeschriebenes Mitglied einer republikanischen Partei ist. —

Barby

Warnung. Wir warnen hiermit die Genossinnen vor dem Schwindel, den die Kommunisten mit ihrem Widerbertrieb vollführen. Am 12. d. M. kam ein R. B. D.-Mann zu der Frau eines Parteigenossen mit der Behauptung: „Frau S., Ihr Mann hat geheiratet, Sie sollen mit das Buch abnehmen!“ Als S. am Abend nach Hause kam, war er sehr überrascht von der Aussage, die sie die Frau gemacht hatte. Wir empfehlen den Kommunisten, ihre Finger bei den Herrschaften zu verhalten, mit denen sie zur Beigebundenen in Bundesbrüderchaft treten. —

Billigeres Brot. Die Konsum- und Spargenossenschaft Calbe, die in Barbü eine Filiale unterhält, hat sich eine Großbäckerei eingerichtet und ist in der Lage, das Brot um 5 Pf. billiger abzugeben, als es die hiesige Bäckerei tut. Brot ist neben der Kartoffel das Hauptnahrungsmittel in der Arbeiterfamilie, und 5 Pf. spielen in derselben eine große Rolle. Dabei ist das Konsumbrot noch größer als das der Frauung. Die Folge des Vorgehens

Unterbezirkstag in Osterburg

unser Genossenschaft war, daß auch die Innung mit ihrem Kreise unterging. Genossinnen, ihr seht daraus, wie segensreich unser Konsumverein wirkt. Schließt euch darum restlos demselben an und unterstützt ihn mit ganzen Kräften. Es kommt das nur euch selber wieder zugute. Unsere Delegierten zum Kreisparteiitag in Calbe besuchten die Großbäckerei und werden in der nächsten Parteiverammlung einen ausführlichen Bericht über ihre Eindrücke geben.

Von der Arbeiterwohlfahrt. Heute (Dienstag) war der letzte Tag der Kindererziehung. An 50 Tagen wurden 6300 Frühstücksportionen für 126 arme und schwächliche Kinder ausgegeben. Die Arbeit wurde von 19 Genossinnen getan, die sich gegenseitig abwechselten, daß jeden Tag drei andere Frauen in Anspruch genommen wurden. Bis Weihnachten lag die Leitung in der Hand der Genossin Krüger; nach ihrer Erkrankung widmete sich Genossin Anna Jhlo I ihren Befugnissen. Die Kinder bebauern sehr, daß ihre schöne warme Morgensuppe ausgegangen ist. Hoffentlich kann ihre Frühstücksversorgung bald aufs neue aufgenommen werden, hören wir doch, daß die Staatsregierung für diesen Zweck weitere Mittel ausgeschrieben hat. Die Arbeiterwohlfahrt wird sich selbstverständlich wiederum gern zur Verfügung stellen.

Die Kirchengemeinde Wesppe wird wahrscheinlich in absehbarer Zeit nach Könnelitz umgepfarrt werden. Könnelitz bildet jetzt mit Glinde und Amies einen gemeinsamen Pfarrbezirk und will seinen eignen Pastor haben. Das notwendige Einkommen ist sichergestellt. Nach alten Dokumenten war Wesppe schon früher einmal mit Selgeleben zusammen nach Könnelitz eingepfarrt.

Anträge auf Stundung, Erlass und Niederschlagung von Hauszinssteuer sind in allen Fällen zunächst bei den Gemeindebehörden zu stellen. Die Nachschlagsbeschränkung ist bei dem Vorliegen des zuständigen Katastralsamts anzubringen. Beschwerden gegen dessen Entscheidung sind an die Regierung zu richten (den Vorstehenden des Grundsteuerberufungsausschusses), und das letzte Mittel ist dann der Weg zum preussischen Finanzminister. Diesem unmittelbar das Gesuch vorzulegen, ist zwecklos und verzögert nur die Regelung der Angelegenheit. Genosse Herrmann Franz ist zur Anknüpfung jederzeit bereit.

Eine **Ausstellung der Handwerker** wird auch in diesem Jahre wieder stattfinden. Sie wird wie immer mit einer Lotterie verbunden sein.

Für eine **Arbeiter-Samariterkolonne** haben sich schon Kräfte zur Verfügung gestellt. Wer weiter mithelfen will, komme in die nächste Parteiverammlung, in der die Gründungsangelegenheit zur Sprache gebracht wird.

Knangenschmer Befuch. Ein Trupp mit elf Wären beehrte unsere Stadt. Er löste sich sofort auf, um in möglichst kurzer Zeit sämtliche Straßen mitzunehmen. Die Herrschaften waren recht unmarterlich und herausfordernd. Sie kamen mit ihren Bechern nicht nur in die Häuser, sondern auch in die Läden und gingen nicht eher, bis ihnen der Obolus entrichtet war. In Calbe machte man den Unverschämten den gehörigen Dampf.

Die **Feuerwehr** hatte am Montag Abend ein Fest. Man versammelte sich auf dem Markt, wo der Zug unter Musikflängen antrat. Der Nationalhymne folgte der Preußenmarsch, dessen zweite Strophe mit den Worten beginnt: Mit Lieb' und Treue nah ich mich dem Throne. Uns kam es böllig gleichgültig sein, was sich die Feuerwehr für Lieder aufspielen läßt, aber auch die Aufsichtshüter waren angetrieben und wurden von einem republikanischen Staatsbeamten angeführt. Dem Publikum mutete all dies recht eigenartig an.

Ugendorf

Reichsbanner-Verbeabent. Nach Begrüßungsworten des Vorstehenden wies Kreisleiter Kamerad Rhenndriech (Reppoldshaus) auf die Anstrengungen der Kommunisten und der roten Frontkämpfer hin, Uneinigkeit in die Reihen des Reichsbanners auszulösen und die Beteiligung des Reichsbanners an der Reichsregierung zu tragen. Ihre Flugblätter werden keine Wirkung haben. Den Republikanern von Ugendorf rufen wir zu: Laßt euch nicht beeinflussen von den Kommunisten, die stets bemüht sind, der Reaktion im Kampfe gegen die Republik zu helfen. Die Kommunisten haben Hindenburg zum Reichspräsidenten gemacht, sie haben auch schon daran, daß die Deutschnationalen in die Regierung gekommen sind; denn hätten die Koalitionspolitiker mit den republikanischen Parteien getrieben, wären wie die Reaktionäre in die Regierung gelangt. Den absetzenden Republikanern rufen wir zu: Stärkt die Reihen des Reichsbanners, tretet ein für die Farben Schwarz-Rot-Gold.

Brumb

Konsumvereins-Verbeabent. Der am Sonntag, 19. Febr., im „Aber“ stattgefundene Lichtbilder-Abend der Konsum- und Spargenossenschaft für Calbe a. d. S. und Umgegend hätte besser besucht sein können. Eingeleitet wurde der Abend durch einen Vortrag über die Entstehung der Genossenschaft und die Entwicklung bis zur heutigen Nachtstellung. Mit Recht können die wenigen Teilnehmer von Reichale als die reiblichen Pioniere betrachtet werden. Danach wurden im Sinne der Eigenproduktbetriebe der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine und einzelner Konsumvereine gezeigt. Damit die Kinder auf ihre Rechnung kamen, wurde eine Märchenfeier, eine Feise nach Schlaraffenland, vorgeführt. Möge dieser Abend dazu beigetragen haben, den Genossenschaftsgedanken mehr zu fördern!

Förderstedt

Zusammenkunft unserer Genossinnen am Mittwoch den 23. Februar, abends 8 Uhr, in der „Linde“ (Heiner Saal). Genossin Walter Komuth (Stahfurt) hält einen Vortrag über schen geistige Literatur und wird Heiteres aus deutscher Dichtung vorlesen.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten Mitgliederversammlung am Sonntag den 27. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, im Gasthaus zur Linde (Heiner Saal). Kamerad Rirchhoff (Bad Salzungen) spricht über „Das Recht der Versorgungsberechtigten“. Im Anschluß an die Versammlung findet eine Rechtsberatung statt. Die Kriegsveteranen von Heklich und Glöthe sowie von Hekendorf sind hierzu eingeladen. Persönliches Erscheinen ist Pflicht.

Frohne

Wohnungsleind, Arbeitslosigkeit und ihre Folgen. Frohne ist eine der ältesten Städte der Provinz Sachsen, und wenn man durch seine Straßen wandert, so fällt dem Beobachter sofort der schlechte Zustand der hundert- und mehrjährigen Häuschen auf. Seit mehr als 12 Jahren ist hier keine neue Wohnstätte entstanden. Infolge des stetig steigenden Grundwasserstandes und infolge der in den letzten Jahren überhandnehmenden Heberschwemmungen der dicht vorbeischießenden Elbe sind die Grundmauern der alten im Orte sich befindlichen Häuser derartig schwach, daß die Wohnungen eigentlich als unbewohnbar gelten müßten. In diesen feuchten niedrigen Wohnungen sind nun die Menschen gezwungen, zu wohnen. Es ist deshalb kein Wunder, daß tagtäglich neue Meldungen von Tuberkulose eingeht. Bei einer Einwohnerzahl von 2100 sind hier an die 40 Personen bekannt, die zum Teil an offener Tuberkulose erkrankt sind. Hauptächlich kommen dabei die Bewohner der kleinen und Großen Elstraße in Betracht. Aber nicht nur die Wohnungsverhältnisse sind bei Ergründung der hohen Krankheitsziffern in Betracht zu ziehen, sondern es sprechen auch die Arbeitsverhältnisse in der in der näheren Umgebung anliegenden Industrie mit, weil ein großer Teil unserer Einwohner gezwungen ist, in der chemischen Industrie und der Radiatorenfabrik zu arbeiten. Bei einer Zahl von etwa 150 Arbeitslosen, die trotz der Unterstützung von Gemeinde und Staat ihre Kinder nicht vollwertig ernähren können, ist festzustellen, daß bei der vor kurzem stattgefundenen Schuluntersuchung der Kinder, deren Zahl zurzeit 203 beträgt, etwa 88 der Zahnpflege zugeführt werden mußten, 10 Prozent fresslos, 13 Prozent rachitisch sind und etwa

In Osterburg tagte am Sonntag die Parteikonferenz für den Kreis Osterburg. In dieser schwarzen Gede stehen unsere Genossen im schwersten Kampfe mit den Agrariern. Sie treiben Pionierarbeit im wahren Sinne des Wortes. Anwesend waren 31 Delegierte und Gäste. Zu Anfang der Tagung gedachte der Unterbezirksvorsitzende, Genosse Gose, ehrend der im vergangenen Jahre von uns gegangenen Genossinnen und Genossen.

Der Geschäftsbericht wird vom Parteisekretär Genossen Müller (Stendal) gegeben. Die Wahlen zum Kreisrat und Provinziallandtag 1925 haben gezeigt, daß das Interesse für die Kreisratswahl stärker war. Der Stimmenrückgang ist darauf zurückzuführen, daß ein Teil der Kleinbauern durch Aufstellen einer eignen Liste von uns gegangen ist. Von Anfang an haben aber die Vertreter der Kleinbauernliste im Kreisrat die Interessen der Kleinbauern zugunsten der Großagrarien vertreten. Die steigende wirtschaftliche Verelendung der kleinen Landwirte mag ihnen auch ein Beweis dafür sein, wie wenig sich Deutschnationale und Landbund um die Kleinbauern kümmern. Gerade im Kreise Osterburg, der vier Städte, 122 Landgemeinden und 24 Gutsbezirke zählt, in dem also das Gros der Bevölkerung in ländlich-bäuerlichen Verhältnissen lebt, muß immer wieder diese Tatsache betont werden. Beim Kampfe gegen die Fürstenforderungen haben wir uns gut geschlagen. Beim Volksentscheid wurden fast doppelt so viel Stimmen mit Ja abgegeben, wie Einzelstimmen beim Volksbegehren vorhanden waren.

Nur der große Opfermut der Parteigenossenschaft hat diesen Erfolg möglich gemacht. Wenn man bedenkt, daß zum Beispiel von der Parteigruppe in Uden 23 Orte mit Wahlmaterial versehen worden sind, dann läßt sich von der geleisteten Arbeit eine Vorstellung machen. Weite Unterstützung fanden wir durch das Reichsbanner und den Landarbeiterverband.

Die Parteioorganisation ist fest. Eine Steigerung der Mitgliederzahlen ist hauptsächlich bei den Frauen eingetreten. Sie haben sich mehr als verdoppelt. In zwei Orten sind Frauengruppen entstanden, die sehr gut arbeiten. Auch bei den Männern ist eine Zunahme zu verzeichnen. Das Unwache ist in der schwarzen Armee besonders erfreulich. Die Versammlungstätigkeit war verhältnismäßig reger. Wenig verbreitet ist noch die Parteipresse. Die Arbeiter halten lieber eine kleine bürgerliche Lokalzeitung. Mangelhaft ist auch noch die Berichterstattung. In jedem Orte muß ein Berichterstatter die „Volksstimme“ über wichtige örtliche Vorkommnisse berichten. Berichte und Berechnungen sind pünktlich einzuwickeln. Die Beitragszahlung ist gut, trotzdem im Kreise eine große Arbeitslosigkeit vorhanden ist, die sich natürlich auch auf die Werbearbeit für Partei und Presse ungünstig auswirkt. Bildungsarbeit konnte nur wenig geleistet werden. Immer größere Beachtung findet die Kommunalpolitik. Durch

die überlebte Form der Gutsbezirke sind 18 Prozent der Bevölkerung im Kreise um ihr staatsbürgerliches Recht, zu den Gemeindevertretungen zu wählen, gebracht worden. Alle Kraft muß daran gesetzt werden, daß in der neuen preussischen Landgemeindeordnung mit diesem Unrecht aufgeräumt wird.

Von den Gegnern wird sehr rührig gearbeitet. Der Landbund entpuppt sich immer mehr als eine Filiale der Deutschnationalen. Er ruft Versammlungen mit einem wirtschaftlichen Thema ein. Daran sind die Bauern interessiert und erscheinen zahlreich.

60 Prozent an Unterernährung litten. Was das für die Zukunft des deutschen Volkes bedeutet, ist nicht zu übersehen. Entsetzt mußte auf der Schulbörstungsitzung der zuständige Rektor von diesen Ergebnissen der Schuluntersuchung der froher Kinder berichten. Die Gemeindeverwaltung muß hier eingreifen und mit Hilfe der Kreisfürsorge Minderung und Besserung schaffen. Der Spar- und Bauverein, der sich Anfang 1925 gegründet hat, ist dem Wohnungsleind in ganz kurzer Zeit als Gegner entstanden und hat in gesunder Lage, außerhalb von Frohne, 24 neue Wohnungen geschaffen. Er kann am 1. April wiederum 6 Wohnungen an seine Mitglieder vermieten. Um aber auch weiterhin vorwärts zu schreiten, ist es erforderlich, daß sich noch mehr als bisher die Einwohner als Mitglieder dort anmelden, denn je breiter die Grundlage einer Genossenschaft ist, desto taftkräftiger kann dem Wohnungsleind begegnet werden. Für die an Tuberkulose Erkrankten muß gefordert werden, daß Landesversicherung und Krankenkassen — auch der Staat sei nicht vergessen — ihre Pflicht tun, daß nach Heilbehandlungen dem Heimkehrenden eine gesunde Wohnung zur Verfügung gestellt werden kann, denn was hilft sonst die Kur. Eine Gefahr, die erkannt ist, läßt sich auch beseitigen, wenn der erste Wille vorhanden ist und jede branntwürdige Stelle mit hilft. Darum rufen wir: Helft mit, unterstützt den Wohnungsbau, werdet Mitglieder des Spar- und Bauvereins.

Kleerverpackung. Am Freitag den 25. Februar, nachmittags 5 Uhr, sollen im Katskeller etwa 300 Morgen Acker öffentlich meistbietend auf 6 Jahre, vom 1. Oktober 1927 bis 1933 verpachtet werden. Es handelt sich um Kirchengüter hinter der Wolkstation, am Welscher Weg und im Streifelde.

Schönebeck

Die Parteiverammlung am Montag war gut besucht; die Frauen waren stark vertreten. Der Vorsitzende, Genosse Busch, gedachte der verstorbenen Genossen Wilhelm Seidel, Gustav Kühne (Bad Salzungen), Adolf Sommerberg, der Genossin Hoyer und des Genossen Robert Guderjahn, der am Sonntag verstorben ist. Der Reichstagsabgeordnete Genosse Gustav Ferk (Magdeburg) hielt einen Vortrag über die neue Regierung und was zu tun ist. Bis zur nächsten Wahl muß so gearbeitet werden, daß dann eine größere republikanische Mehrheit erreicht wird. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Schrader und Tabert. Genosse Breitholz erstattete hierauf einen längeren Bericht von der Unterbezirkskonferenz in Calbe. Die Mitarbeiter, die auf einen Sonntag fällt, muß eine besonders starke Beteiligung aufzuweisen haben. Geplant ist, am Sonntag vormittag in Massen entweder nach Bad Salzungen oder wieder nach Grünwalde zu marschieren. Die Kommission soll sich damit weiter beschäftigen. Am Vormittag Massengefang durch die Arbeitsgemeinschaft der Freien Sänger. Am Abend im „Stadtpart“ Aufführungen der Arbeiterturner und -radfahrer, nachdem gemächliches Beisammensein (Ball). Weiter wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß am Montag den 28. Februar im „Stadtpart“ ein staatsbürgerlicher Bildungstag stattfindet. Auf die Schulentlassungsfeier am 10. April (Palmarum) in der Pestalozzischule, vormittags 9 Uhr, wird noch besonders hingewiesen. Bei der Theatergemeinde des Ortsausschusses tritt jetzt eine Änderung ein, indem Listen herausgegeben werden zum Einzeichnen, damit ein festeter Stand für weniger Geld geschaffen wird. Mögen sich alle Genossen eintragen. Der Zentralverband der Arbeitseinkommen veranlaßt in ganz Deutschland am 13. April Demonstrationen für Erhöhung der Invalidenrente, auch hier am Orte. Eine Unterstützung der Parteigenossen wird zugelegt. Am Sonnabend den 19. März findet im Wiener Restaurant ein Unterhaltungsabend der Arbeiterwohlfahrt statt. Es wird erjucht, keine Störungen oder Vergnügungen auf den 19. März zu legen. Eine nochmalige Notstandsaktion des Fürsorgeverbandes Calbe für unsere Hilfsbedürftigen, unter Mithilfe der Gemeinde, soll in Kürze nach den Grundfragen wie Weihnächten durchgeführt werden. Auf eine Ausrufung des Genossen Tabert schloß die Genossen Kaiten die Verhältnisse in China. Daß die internationalen Marken Pflichtmarken sind, wird noch in Erinnerung gebracht. Nach einem kräftigen Appell für Partei und Presse zu werden, wurde die Versammlung geschlossen.

In Wirklichkeit dient die ganze Versammlung in erster Linie dem Zweck, Mitglieder für die Deutschnationale Volkspartei einzufangen. Der Stahlhelm scheint in der nördlichen Altmark ein besonders gutes Agitationsfeld zu haben. In Urendsee ist ein Heim errichtet worden. Kullisse für die Deutschnationalen sind ebenfalls die landwirtschaftlichen Frauenvereine. Um die weibliche Jugend bemüht sich eifrig der Reichsbund. Wegen dieser vielfältigen reaktionäre Flut steht das Reichsbanner, das viel stärker wäre, wenn alle Republikaner den Mut hätten, ihre Gesinnung nach außen zu bekennen. Bei dieser Gelegenheit zeichnet der Genosse Müller in kurzen Strichen ein Bild von der politischen Lage. Die Reichsregierung wird versuchen, im Interesse der Besitzenden die Arbeiterrechte noch mehr abzubauen. Eine Abwehr wird um so erfolgreicher sein, je stärker die Arbeiterorganisationen sind.

Viel Arbeit brachte im Kreise Osterburg die Erwerbslosfrage. Grundsätzlich ist ihre Regelung Reichsangelegenheit. Die reaktionären Gemeindevorsteher haben es aber fertig gebracht, durch eine niederträchtige Auslegung der Bestimmungen die unschuldigen Opfer einer verkehrten Wirtschaftsordnung in noch größerem Elend zu bringen. Ganz rigoros ist man auch mit der Pflichtarbeit vorgegangen. Die Arbeitslosen wurden als Mähdner für alles angesehen. Im neuen Arbeitslosenversicherungsgesetz muß versucht werden, allen Schikanemöglichkeiten die Spitze abzubrechen.

Aber die Parteipresse sprach der Bezirksvorsitzende Genosse Fabian. Er schilderte die Schwierigkeiten in der Zustellung für die Orte um Osterburg. Vom 1. März an soll die Zustellung schneller werden.

Die Diskussion war sehr lebhaft. Es beteiligten sich daran die Genossinnen Eisebrücker (Osterburg), der Genosse Klein (Osterburg), der besonders auf die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit von Partei und Gewerkschaften hinwies. Genosse Mummelthei (Urendsee) schilderte die schwere Arbeit bei Wahlen. Ferner sprachen noch die Genossen Schülze (Goldbeck), Peters (Werben) und Grub (Stendal). Im Schlußwort wies der Genosse Müller nochmals auf die Arbeit unter den Kleinbauern hin.

Die auf der Unterbezirkskonferenz in Stendal angenommenen Anträge an den Kreisparteiitag, die Finanzierung der Bildungsarbeit fordern und es jedem Genossen zur Pflicht machen, seine Frau der Partei zuzuführen und die Parteipresse zu abonnieren, werden einstimmig angenommen.

Zum Bezirksparteitag wird der Genosse Heise (Osterburg) gewählt. Die beiden Delegierten zum Bezirksfrauentag sollen die Frauengruppen Seehausen und Osterburg bestimmen. Für den Reichsparteitag wird der Genosse Müller (Stendal) vorgeschlagen.

In den Unterbezirksvorstand werden gewählt: Genosse Rudolf Gose (Seehausen), 1. Vorsitzender, Genosse Karl Heise (Osterburg), 2. Vorsitzender, Genosse Fritz Schülze (Goldbeck), Schriftführer, und als Beisitzer die Genossen Ludwig Dammann (Spänningen), Peters (Werben), Mummelthei (Urendsee), die Genossinnen Mermann (Osterburg) und Plate (Seehausen), als Pressekommissionsmitglied der Genosse Karl Müller (Stendal).

Mit dem Wunsche, rege an die Arbeit für die Partei zu gehen, schloß der Genosse Gose die Sitzung.

Robert Guderjahn gestorben. Wieder hat uns der Tod einen alten Parteigenossen am Sonntag morgen nach kurzem Krankheitslager entziffen. Von 1919 bis 1924 war Robert Guderjahn ehrenamtlich sozialistischer Stadtrat für den Ort Grünwalde. Er war einer unserer Besten. Wir beklagen den Verlust aufs Tiefste. Ehr' seinem Andenken!

Bad Salzungen

Mitgliederversammlung der Partei morgen (Mittwoch) pünktlich abends 8 Uhr in Solles Gesellschaftshaus. Reichstagsabgeordnete Genossin Arning (Magdeburg) hat ihr Erscheinen zugesagt. Es stehen sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung.

Die Kanalisationsarbeiten sind rüstig vorwärtgeschritten. Augenblicklich hindert jedoch das anhaltende Frostwetter die Arbeiten empfindlich. Es haben sich fast alle Anlieger so einseitigwillig gezeigt und den Anliegerbeitrag an die Kanalisation freiwillig. Einige ältere Leute sowie einige durch die Inflation geschädigte Hausbesitzer haben den Magistrat um Stundung gebeten, die dieser auch weitgehend gewährt hat. Für den Verkehr bildet allerdings die Absperrung der Edelmannstraße ein großes Hindernis. Man kommt jetzt aber den berechtigten Wünschen der Fahrzeugsührer nach, indem man an der Wilhelmstraße, Ecke Leipziger Straße, und am Hospital Wegweiser anbringt, so daß jeder Fahrer sofort weiß, welches der nächste Umleitungsweeg ist. Für den Verkehr zwischen Magdeburg und Calbe ist die Boelkigstraße zu benutzen, während der Verkehr durch die Stadt nach Eggersdorf, Biere, Welsleben usw. jetzt wieder möglich ist, da ein kleiner Teil der Edelmannstraße schon wieder gepflastert ist.

Abräumen der Obstbäume. Im Februar bis spätestens 15. März ist jeder Besitzer und Pächter von Obstbäumen verpflichtet, die Kruppenester auf seinen Obstbäumen zu scrubben. Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, kann streng bestraft werden.

Ein Schäferhund ist als zugelassen angemeldet worden. Eigentumsansprüche müssen innerhalb dreier Tage bei der Polizeiverwaltung geltend gemacht werden.

Die Kanalisationsarbeiten am Solgraben werden fortgesetzt. Wegen des zu hohen Wasserstandes hatten die Kanalisationsarbeiten des Solgrabens im Badeparl eingestellt werden müssen. Man hatte alles mögliche versucht, um das Wasser abzulassen und in Holzhandeln umzulassen. Es war aber alles vergeblich. Es soll nochmals versucht werden, die Arbeiten fortzusetzen. Man muß unter allen Umständen eine Umleitung möglich machen, selbst auf die Gefahr hin, daß die Kosten sich etwas erhöhen. Mit der Wiederaufnahme der Arbeit können dann wieder eine ganze Anzahl Erwerbslose Arbeit erhalten.

Stadtfreis Wiersleben

So viel Sätze, so viel Unwahrheiten enthält ein Bericht der Nr. 38 der kommunistischen „Tribüne“ aus Wiersleben. Da ist zunächst die Rede von dem „echt sozialdemokratischen Magistrat“. Von den zehn Magistratsmitgliedern gehören nur vier der Sozialdemokratischen Partei an. Rechner man selbst das kommunistische Magistratsmitglied hinzu, das aber meist seinen Kopf für sich hat, so besitzen die Bürgerlichen die glatte Hälfte der Sitze, unter denen sich mit seiner auskollagelagerten Stimme der Oberbürgermeister befindet. Damit fallen eigentlich alle Verleumdungen gegen die Sozialdemokraten im Magistrat in sich zusammen. Die weiteren Behauptungen sind aber auch sonst fastlich unwahr. Da habe der Magistrat nichts dagegen unternommen, daß die „Ama“ verlegt wurde. Aber natürlich hat er alles unternommen; es war aber nichts dagegen auszurufen. Daß bei dem Stande der heutigen Gesetzgebung eine Verleumdung die Verlegung eines privaten Betriebes nicht verhindern kann, wissen natürlich die Kommunisten selbst, aber trotzdem schimpfen sie auf den Magistrat. Die übrigen Redereien, daß die S.-R.-D.-Führer die Arbeiter an das Leunawerk, die „Stiftung“, verlaßt haben, sind so dumme, daß darauf nicht eingegangen zu werden braucht.

Das städtische Freibad und der Gabelteich müssen rechtzeitig für den kommenden Sommer instand gesetzt werden. Augenblicklich sind aber bereite Mittel dafür nicht vorhanden, sie sollen erst

in den Haushaltsplan 1927/28 eingesetzt werden. Da diese aber noch nicht verwendet werden können, müssen für die dringendsten Arbeiten die nötigen Gelder besonders von der Stadtverordneten-Versammlung angefordert werden. Eine solche Vorlage steht auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung. Sie betrifft die Zustandsetzung der Boote auf dem Gondelfeich. Bei einigen Booten hat das Holz teilweise durch Fäulnis sehr stark gelitten, so daß diese im jetzigen Zustand nicht benutzt werden können. Die Holzinstandsetzungsarbeiten werden voraussichtlich 135 Mark kosten. Auch der Anstrich aller Boote muß erneuert werden. Nach Entfernung des alten Anstriches sollen die Boote zweimal mit Bleiweißfarbe gefärbt, dann hant abgeseht und zum Schluß mit einer Boots-lackfarbe überzogen werden. Diese Kosten für die vorhandenen elf Boote betragen 385 Mark. Zusammen werden also von der Stadtverordneten-Versammlung 500 Mark angefordert. Durch diese besondere Bewilligung kommt dann die Rechnungsführung infolge in Ordnung, als die in den Etat 1927/28 einzusetzenden Mittel auch für die Vorbereitungen für den Sommer 1928 hinreichen müssen.

Metallarbeiter-Versammlung. In gut besuchter Versammlung des Metallarbeiterverbandes behandelte der Geschäftsführer, Kollege Weise, das neue Arbeitsgerichtsgesetz und schilderte die Entwicklung der Arbeitsgerichtsbarkeit. Wir haben über dieses Thema bereits berichtet. Der Redner erörterte eingehend die Einrichtungen der Arbeitsgerichte. Die einzelnen Gänge des Gesetzes sollen in der nächsten Versammlung behandelt werden. — Der Streik der Metallarbeiter in Leipzig und der Schiedsspruch in Halle waren Gegenstand reger Aussprache. Volle Sympathie wurde den Kollegen in Leipzig ausgesprochen. Der unentwegte „Lüttichianer“, welcher unter „Gewerkschaftsarbeit“ nur persönliche Anpöbelung versteht, bekam eine gründliche Abfuhr von verschiedenen Kollegen, welche sich seine Anpöbelungen nicht länger gefallen lassen wollen.

Die erwerbslosen jugendlichen Kaufleute sollen der Berufsschulpflicht unterworfen werden, und zwar durch Anwendung des Ortsgesetzes. Die Anregung dazu ist zunächst vom preussischen Minister für Volkswohlfahrt ausgegangen, die durch den Regierungspräsidenten den einzelnen Städten zugeleitet worden ist. Bisher liegt es bereits in der hiesigen Ortsfassung, daß die Schulpflicht sich auch auf die Zeit vorübergehender Arbeitslosigkeit erstreckt. Da es aber selten zu erkennen ist, ob die Arbeitslosigkeit vorübergehend oder dauernd ist, war es unmöglich, die jungen Leute zum Schulbesuch anzuhalten. Nach der vorgeschlagenen Satzungsänderung entfällt die Schulpflicht, der einmal eingeschulter männlicher und weiblicher jungen Leute nicht mit dem Ausschneiden aus der geschäftlichen Tätigkeit, sondern erst mit einer etwaigen andern Berufsschulpflicht oder Erreichung des 18. Lebensjahres. Die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen haben zugestimmt.

Kreis Quedlinburg Cochlstedt
Feiertagsfeier. In Scharen strömten am Abend des 17. Februar Männer und Frauen nach dem „Schwarzen Adler“. Um 8 Uhr sollte die öffentliche Feiertagsfeier beginnen. Lange Zeit vorher war der Saal bereits überfüllt. Mit hoher Freude drängte man sich um den Tisch für die warme Teilnahme. Galt es doch, den Sozialisten unter den Pädagogen dem Volke nahe zu bringen! Und diese Aufgabe dürfte als weitaus längere bezeichnet werden. Das Ziel ist und wäre auch nicht durch langatmige Reden Erwachsener erreicht worden. Dazu mußte man sich anderer Mittel bedienen. Der Kinderfreund war durch Kinder den Schulkindern lebendig gemacht worden. Wieviel gebeten wurde, ließ schon das Programm von mehr als dreißig Darbietungen erkennen, unter denen viele Theaterstücke waren. Die Schüler und Schülerinnen leiteten lustig ab. Die glänzende Veranstaltung ließ Begierde ergründen in aller Herzen.

Preussisch-Vörnetze
 Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Die Versammlung war gut besucht. Zur Bezirkskonferenz in Halle wurde Kollege Ulrich delegiert. Nach Erörterung von Sterbefällenangelegenheiten wurde die vom Vorstand auf den 13. März anberaumte Demonstration besprochen. Alle Anwesenden erklärten sich zur Teilnahme bereit. Zum Schluß wurden noch soziale Fragen erörtert.

Aus der Altmark Salzweide
 Arbeiterjugend. Donnerstagabend 8 Uhr in der Jugendherberge, Schäfersberg, Lichtbildvortrag. —
 Am Steinort ist mit dem Durchbruch für einen neuen Fußsteig begonnen. Es wird dabei ein Torbogen an der Nordseite des Torbaues frei. —
 Mieterverein. Am Donnerstagabend 8 Uhr im „Lübke“ Generalversammlung. —
 Viehmarkt. Der Magistrat macht bekannt, daß am 25. Februar ein Rind-, Pferde-, Schweine- und Ferkelmarkt stattfindet. Pferde und Minderdier werden auf dem Mönchskirchhof, Schweine und Ferkel auf dem Paradeplatz aufgetrieben. —

Gardelegen
 Brandstiftung. In der Nacht zum Montag brannte bei Zienau ein dem Landwirt Fritz Kessel zu Zienau gehöriger Strohdümen völlig nieder. Etwa 180 Zentner Stroh im Werte von 360 Mark wurden ein Raub der Flammen. Man vermutete Brandstiftung und dieser Verdacht bestätigte sich. Als mutmaßliche Täter wurden der Vorarbeiter Wilhelm Sp. und der Hilfsmonteur Paul M. von hier festgenommen. M. legte bei der polizeilichen Vernehmung ein Geständnis ab und bekannte sich als Täter. Er will im betrunknen Zustand und auf Anstiftung des Sp. den Dümen in Brand gesetzt haben. Beide wurden dem Amtsgericht zugeführt. —

Stadtkreis Stendal
 Sinein in das Reichsbanner! Am Sonntag veranstaltete das Reichsbanner eine öffentliche Kundgebung auf dem Windelmannplatz und gab damit den Auftakt zur großen Werbewoche. Am frühen Nachmittag sammelten sich die Kameraden auf dem Mönchskirchhof zum Umzug durch die Straßen. Unter Vorantritt des Tambour- und Spielerkorps ging es durch die Straßen. Im Umzug wurden Transparente getragen, die werbend auf das Reichsbanner hinwiesen. Auf dem Windelmannplatz hatte sich inzwischen eine große Menschenmenge angeammelt. Als erster Redner sprach Landtagsabgeordneter Kamerad Wachter die Worte (Berlin), der für den weitem Ausbau der Republik eintrat. Dann hielt Kamerad Beson (Magdeburg) eine wirkungsvolle Ansprache. Schart auch dichter um das Reichsbanner der Republik, ihr Werkstätten. Kamerad Treumann forderte die Zuschauer zum Eintritt in das Reichsbanner auf. Die Werbung hat begonnen, heißt alle mit, daß sie Erfolg hat. —

Feigengemmen wurde wegen Raubvergehens ein litauischer Staatsangehöriger. —

Töblicher Sturz vom Fahrrad. Am Sonntagabend ereignete sich in den ersten Abendstunden ein schwerer Unglücksfall, der dem Polizeiwachtmeister a. D. Martin Grothe aus Hamburg das Leben kostete. Grothe war in Hälsewig, Kreis Stendal, bei seiner Mutter zu Besuch und war zu seinem Schwager nach Vallerstedt gefahren. Vor 8 Uhr ist er von dort mit seinem Rade ohne Licht wieder abgefahren und geriet zwischen Vallerstedt und Nachau in eine tiefe Wagenspur, die bei der hart gefrorenen Erde ein gefährliches Hindernis bot. Er fuhr gegen einen Baum und stürzte, dabei zog er sich schwere Verletzungen zu. Das war halb nach 8 Uhr. Erst nachts gegen 1 Uhr, als mehrere junge Leute den Weg passierten, fand man den Bedauernswerten auf. Er war be-

reits tot. Grothe ist 40 Jahre alt und hinterläßt Frau und drei Kinder. —

Wegen verschiedener Straftaten mußte sich der 1901 geborne Arbeiter Wilhelm B. vor dem Schöffengericht verantworten. Einem Arbeiter in Dahrenstedt entwendete er ein Paar fast neue Schuhe. In Langermünde hieß er ein Fahrrad mitgehen. Er stand nun unter Anklage des schweren Diebstahls im Rückfalle, Landstreichens und Bettelns. Das Gericht schickte ihn für 8 Monate ins Gefängnis, außerdem mußte er noch 6 Wochen Haft auf sich nehmen. Nach Verbüßung der Strafe soll er der Landespolizei überwiesen werden. —

Drei Fallschirmjäger standen vor dem Richter. Der Landwirtschftsbeamte Friedrich Sch. aus Stendal, der Ingenieur Walter M. aus Erfurt und der Buchhalter August B. aus Welpert. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Es wurde folgendes Urteil verkündet: Sch. wird wegen Fallschirmjäger zu 2 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust sowie Stellung unter Polizeiaufsicht verurteilt. M. und B. wurden Beihilfe zu je 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Ein Lichtbildvortrag über Mutterchaftswang, Volksgesundheit und § 218 des StGB. findet am Mittwoch den 23. Februar, abends 8 Uhr, im „Odeum“ statt. Genossen und Gewerkschaftler, bringt eure Frauen zu diesem wichtigen Vortrag mit. —

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold
 Biederitz-Gezrothsberge. Die Beerdigung unser Kameraden Gustav Dreier findet Mittwoch um 3 Uhr statt. Ansetzen um 2 1/2 Uhr am Friedhof; soweit möglich in Uniform. —
 Erweiterte Vorstandssitzung Donnerstagabend 8 Uhr in der „Weintraube“. Kameradschafts-, Zug- und Gruppenführer müssen zur Stelle sein. —
 Oberweidungen. Die Monatsversammlung hätte besser besucht sein können. Es wurde beschlossen, am 5. März ein Vergnügen mit Theater und Ball abzuhalten. Zur Aufführung gelangt „Die Wäffeln nieder.“ —
 Alkenweidungen. In der Monatsversammlung meldeten sich zur Werbung genügend freiwillige Helfer. Am Sonntag den 27. Februar wird ein Umzug mit Musik durch die Straßen unsers Ortes stattfinden. Abends von 8 Uhr an ist abwechslungsreiche Abendunterhaltung, u. a. werden Kameraden von Holmstedten zwei Theaterstücke „Ein fremder Schweiß“ und „Der Gewerkschaftler“ zur Aufführung bringen. Die Rahmenweiche für die Ortsgruppe wird voraussichtlich im August unter Beteiligung mehrerer Ortsgruppen vor sich gehen. Zu den Festausführungen zur Wäffeln wurden zwei Kameraden beordert. Für die Reichsbannerkämpfe sollen Lesabende veranstaltet werden. Der Jugend wurde empfohlen, sich des Alkohols und Raufgenußes zu enthalten. —

Volkssport Fußball.
 Freie Turner Bennendenbed gegen Borussia Magdeburg 0:1 (0:0). Bekannte Mannschaften fanden sich am Sonntag in Bennendenbed gegenüber. Borussia konnte knapp den Sieg erringen. Dem Spielverlauf nach wäre ein Unentschieden richtiger gewesen. Bennendenbed hatte drei Erfolge eingestiftet, während Borussia in härtester Aufstellung antrat. Zum Spielverlauf:
 Gleich vom Anstoß an entwickelte sich ein schnelles, aber äußerst scharfes Spiel. Bereits in den Anfangsminuten muß der Halbkreis der Turner infolge Verletzung das Spielfeld verlassen, so daß Bennendenbed das ganze Spiel mit nur zehn Mann ausführen mußte. Beide Mannschaften spielten von Anfang an auf Sieg, doch war es vorerst keiner Partei möglich, einen Erfolg zu erzielen. Die Torhüter beider Mannschaften zeigten gutes Können und zeigten oft noch in letzter Minute. Die Vorstufen gehen jetzt alle Register ihres Könnens, um einen Erfolg zu erzielen, doch scheitern alle Angriffe an der eifrig spielenden Turner-Hintermannschaft. Der Schiedsrichter läßt sich dann das Spiel vollständig aus der Hand nehmen, so daß ein etwas unsafres Spiel entsteht. Bis Halbzeit werden Erfolge nicht erzielt. Sollte man nach Wiederanstoß erwarten, daß das Spiel einen andern Verlauf nehmen würde, so sah man sich getäuscht. Das Spiel nimmt im Gegenteil noch an Härte zu. Der Schiedsrichter greift überhaupt nicht ein. Erst nach längerer Zeit wird je ein Spieler beider Parteien herangeführt. Da beide Mannschaften jetzt fast gesäubert sind, nimmt das Spiel an Härte ab. Beide Mannschaften versuchen nach etwas Zählbares zu erreichen. Erst kurz vor Schluß gelingt es Borussia durch einen Fehler des rechten Turner-Verteidigers das einzige Tor des Tages zu erzielen. Bald darauf erlitt der Schiedsrichter. — Bennendenbed II gegen Borussia II 2:1. — Bennendenbed III gegen Borussia III 3:2. Auch aus diesen Spielen konnte die Bennendenbeder Mannschaft siegreich hervorgehen. Beide Mannschaften zeigten im Gegensatz zur 2. Mannschaft ein schönes ruhiges Spiel. —

Hier kaufen Sie! Hier sparen Sie!

Ernst Kleiner
 Fernruf Nr. 58 Burg b. M. Fernruf Nr. 53
 Schulsirasse Nr. 9
 Filiale: Schartauers Strasse Nr. 58
 färbt, reinigt, plissiert



Uhren = Schmuck
 Trauringe
 :: Tafel-Bestecke ::
 laden Sie gut und preiswert bei
Thümmler
 Burg, Schartauers Straße 25.

Albert Mewes, Burg
 Kolonialwaren, Seefische
 Fisch-, Gemüse- u. Obstkonserven
 Kaffee, Kakao, Konfitüren

Mieten Sie bei uns!
 Elektrische Heiz- und Kochgeräte
 Staubsauger u. Beleuchtungskörper
 Nach 6 bis 12 Monaten ist der Gegenstand Ihr Eigentum!
Stadtgeschäft des Elektrizitätswerkes Burg b. M.
 Markt 28. Telefon 780.

Städtische Sparkasse
 Burg b. M.
 Spar- und Bank-Abteilung
 Annahme von Spar- u. Giroeinzügen
 zu günstigen Zinssätzen

Nur mit Gas: rasch - sauber - billig!
 Kochen, Backen, Plätten, Heizen, Baden.
 Rat und Auskunft kostenlos beim Gaswerk, Stumenthater Straße. Telefon 524.
 Sämtliche Gebrauchsgegenstände erhältlich im Stadtgeschäft des Gaswerks, Markt 28. — Telefon 780.
 Kocher, Lampen, Herde, Plätten usw. am Miere werden nach 6 bis 12 Monaten Eigentum des Mieters.
Städtisches Gaswerk Burg b. M.

Otto Frohn
 Burg
 Franzosenstraße 4.
 Fabrik feiner Fleisch- und Würstwaren, ff. Aufschnitt.

Carl Weber Nachf.
 BURG Markt 11
 Herren- und Modewaren
 Damen- und Kinderkleidung
 zu billigen Preisen

Karl Schlüter
 Schirmfabrik
 BURG Schartauers Str. 62
 Einziges Spezialgeschäft für
 Schirme aller Art
 Reparaturen
 zu billigen Preisen

Emil Kruse
 BURG
 Markt 31 und 53, 1. Etage
 Bekannt billigste
EINKAUFSQUELLE
 für
 Damen-, Kinder- und Herren-Garderobe
 Mantel Kleider Hülsen
 Stoffe aller Art
 Bei Gelegenheit auch in allen Abteilungen
Arbeiter-Garderobe
 zu billigen Preisen

Cuxhavener Fischhallen
 BURG
 Jakobstraße 7

Ruberts Bekleidungs- und Schuhhaus
 Brüderstr. 9 Stendal Brüderstr. 9
 Die richtige Bezugsquelle für Arbeiter.
Erstauulich billige Preise!!

Gustav Ramelow, Stendal
 Großes Kaufhaus der Altmark
 Manufaktur- und Modewaren, Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Emil Kruse
 BURG
 Markt 31 und 53, 1. Etage
 Bekannt billigste
EINKAUFSQUELLE
 für
 Damen-, Kinder- und Herren-Garderobe
 Mantel Kleider Hülsen
 Stoffe aller Art
 Bei Gelegenheit auch in allen Abteilungen
Arbeiter-Garderobe
 zu billigen Preisen

Hermann Runtzmann & Co.
 Stendal Breite Straße 18
 Trikotsagen - Wäsche
 Strümpfe :: Handschuhe
 Kurzwaren

Geschwister Schlobach
 Hohe Bude 12 Stendal Hohe Bude 12
 Fernsprecher Nr. 4
 Dampf-Wasch- und Plättanstalt, Kunstfärberei, chem. Waschanstalt, Plisseebrennerei
 Größtes und leistungsfähigstes Etablissement